

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Berlin N 24, Elsasserstr. 96—88^{III}
Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24.
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Scheuditz, Auguststraße 8. — Redaktionsschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Peitzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zelle. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Neujahrstrachtungen. Rundschau. Soziale Monatsschau. Entstehung und Beseitigung der Klassenmonopole, I. Ein Beschwichtigungsmäoöver. — **Allgemeines:** Ein Beitrag zum Thema »Arbeitslosigkeit«. Zu den Neuwahlen der Ortsvorstände. Ortsberichte: Dresden, Hanau, Hannover. — **Der Lithograph:** Taten, nicht Worte. — **Der Steindrucker:** Die Steindruckmaschinenmeister und der Kupferleidrucker. — **Die photomech. Fächer:** Hauptversammlung des Bundes der chemigraphischen Anstalten Deutschlands. Die Organisation der Chemigraphen in Belgien. — **Photogr. Mitarbeiter:** Der Zersetzungsprozess im photographischen Gewerbe und die Unternehmer, I. — **Die Tapetenbranche:** Formstecher — die Ärzte der Zukunft! — **Feuilleton:** Zum neuen Jahre. Dürer und Holbein. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Lohnbewegungen im Auslande.
Spanien. In Ateoy stehen unsere Kollegen wegen Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung im Streik. Zuzug ist streng fernzuhalten.
Osterreich. Hier stehen unsere Kollegen wegen der allgemeinen Buchdruckerbewegung vor ersten Differenzen. In sehr vielen Fällen sollen unsere Kollegen Buchdruckerarbeiten auf Stein übertragen und drucken, was entschieden abgelehnt wird. Streiks sind deshalb mit dem Beginn des Kampfes der Buchdrucker auch für unsere Kollegen zu erwarten. Daher darf kein Kollege ohne Zustimmung des österreichischen Verbandes nach Osterreich reisen. Doppelte Voracht ist hier also nötig.
Internationales Sekretariat.

An alle Zahlstellen,
zu denen Chemigraphen und Kupferdrucker gehören, sandten wir unser Rundschreiben Nr. 2 und anderes Material. Wo dieses nicht angekommen ist, bitten wir um sofortige Nachricht.
Zentralkommission der Chemigraphen und Kupferdrucker Deutschlands.

Neujahrstrachtungen.

Das Jahr 1913, das für alle honetten preußisch-deutschen Staatsbürger ein Fest- und Jubeljahr erster Ordnung war, brachte der Arbeiterschaft infolge der ständig schlechter werdenden wirtschaftlichen Lage nur verminderte Arbeitsgelegenheit, erhöhte Arbeitslosigkeit und damit eine Steigerung und Verschärfung der Sorge um Unterhalt und Existenz. Während die Vertreter und Vertreterinnen von »Bildung« und Besitz von einem Fest zum andern jagten und während sich für alle wohlhabendsten Staatsstützen die Jubiläumstage in einer fast ununterbrochenen und schier unendlichen Kette aneinanderreihen, wurden unzählige Arbeiterfamilien durch die Arbeitslosigkeit ihres Ernährers von Not und Elend erfaßt. Für die Arbeiterschaft ist das Jahr des Jubiläumsummums kein Freudejahr, sondern ein schwarzes Jahr des Kummers und des Hungers gewesen.

Der blutige Völkermassenmord auf dem Balkan, der in der ersten Jahreshälfte die ganze Welt in Atem hielt und mehr als einmal ganz Europa mit Krieg und Mord und Blutvergießen zu erfassen drohte, ließ ein gesundes Wirtschaftsleben gar nicht aufkommen. Und als die Kriegsfurie endlich ausgelebt hatte, da zeigte es sich, daß sich die Konjunkturkurve an und für sich schon wieder auf der absteigenden Linie bewegte und daß die Hochkonjunktur,

die infolge des Krieges kaum in Erscheinung treten konnte, bereits wieder durch eine neue Wirtschaftskrise, diese unvermeidliche Begleiterscheinung der wilden und unregelmäßigen privatkapitalistischen Produktionsweise, abgelöst worden war. Der Absatzmarkt war gesättigt wie ein übervoller Schwamm. Der Warenabsatz geriet ins Stocken. Die Produktion wurde eingeschränkt und Tausende und Abertausende von fleißigen Arbeiterhänden wurden zum Feiern gezwungen.

Not und Elend würden noch viel krasser und augenfälliger in Erscheinung treten, wenn nicht die Arbeiterschaft, die nicht verantwortlich ist für die Wirtschaftskrisen und ihre Begleiterscheinungen, sondern die im Gegenteil eine Regelung der Produktion und die Verhinderung der Krisen erstrebt, aus eigener Kraft durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen ihren von der Arbeitslosigkeit erfaßten Angehörigen hilfreich zur Seite stünde. Aber der Rahmen, in dem sich die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung bewegen kann, ist ganz naturgemäß beschränkt. Es ist daher verständlich, daß die Arbeiterschaft einen ausgedehnten Schutz ihrer arbeitslosen Angehörigen fordert und daß sie diese Forderung an diejenigen richtet, die die unregelmäßige privatkapitalistische Produktionsweise mit allen Mitteln stützen und die infolgedessen auch allein die Schuld und die Verantwortung für ihre Begleiterscheinungen und Folgen tragen: an die Besitzenden und Herrschenden und an deren Sachwalterin, die Regierung.

Da war es denn außerordentlich bezeichnend und beschämend, wie diese Regierung und die bürgerliche Mehrheit des Reichstages diesem mehr als berechtigten Rufe der Arbeiterschaft nach einer wirksamen Reichsarbeitslosenversicherung beide Ohren verschlossen und die Verantwortung für die Folgen der von ihnen mit Zähnen und Nägeln verteidigten privatkapitalistischen Produktionsweise von sich abschüttelten. Aber gerade diese Ablehnung eines wirksamen Schutzes der unschuldigen Opfer dieser Produktionsweise durch die Vertreter ihrer Stützen und Nutznießer wird dazu beitragen, daß immer neuen Massen von Ausgebeuteten und Entrechteten die Augen geöffnet werden und daß immer neue Kämpfer erstehen gegen den Privatkapitalismus, gegen die Unvernunft und Anarchie im Wirtschaftsleben und für eine vernünftige, geregelte Produktions- und Wirtschaftsweise. Und diese Wirkung wird das einzige Gute sein, was das für die Arbeiterschaft völlig ungeratene Jahr 1913 den Ausgebeuteten brachte.

In derselben Richtung werden auch die Anschläge des Scharfmachertums gegen die Koalitionsfreiheit und gegen die Organisationen der Arbeiter wirken, mit denen das verflissene Jahr eingeleitet und abgeschlossen wurde. Man schreit nach einem wirksamen Schutze der Arbeitswilligen, meint damit aber, wie die Ablehnung der Reichsarbeitslosenversicherung auch dem Einfältigsten bewiesen hat, nicht die vielen Tausende ehrlicher Arbeiter, die gerne arbeiten möchten, aber trotz aller Bemühungen keine

Arbeit finden, sondern jenes verächtliche arbeitsscheue Gesindel, das der ehrlichen Arbeit im großen Bogen aus dem Wege geht und nur dort auftaucht, wo fleißige Arbeiter für eine geringe Verbesserung ihrer Verhältnisse in den Kampf getreten sind, — aber nicht etwa um wirklich zu arbeiten, sondern nur um sich zur Beunruhigung und Provozierung der ehrlichen Arbeiterschaft benutzen und mißbrauchen zu lassen. Diese Judasse, diese Verräter an ihren Klassenossen, diese verächtlichen Soldknechte des Ausbeutertums gegen die Ausgebeuteten sollen noch mehr als bisher geschädigt werden, obwohl schon jetzt jeder, der einen solchen Lumpen auch nur scheinbar ansieht, hinter Schloß und Riegel kommt, während diese gemeingefährlichen Subjekte selbst dann frei und unbehelligt bleiben, wenn sie ehrliche Arbeiter über den Haufen gestochen oder geschossen haben und feige Messerhelden und Mordbuben sind. Nichts charakterisiert den Prozeß der Fäulnis, in dem sich die moderne bürgerliche Gesellschaft befindet, besser und schärfer als diese Tatsachen. Und daher wird auch die Hetze gegen das Koalitionsrecht, die mit dem Schlachtruf: »Schutz den Arbeitswilligen!« zur höhern Ehre des Ausbeutertums und des Ausbeuterprofits entfaltet wurde und das ganze verflissene Jahr erfüllte, aufklärend und werbend für die Sache des um seine Ideale ringenden Proletariats wirken. So müssen schließlich der Klassenbewußten, ihre Ziele unentwegt verfolgenden Arbeiterschaft alle Dinge zum Besten dienen.

Wie die miserablen wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft im allgemeinen viel zu schaffen machten, so lasteten sie insbesondere auch schwer auf der graphischen Arbeiterschaft. In erster Linie wurden die Lithographen und Steindrucker, die sich von der letzten Krise noch nicht wieder erholen konnten von der heraufziehenden neuen Krise mit ganzer Schwere getroffen. Und obwohl schon Hunderte von Kollegen in den letzten Jahren ihren erlernten Beruf aufgegeben haben oder in's Ausland ausgewandert sind, so sind doch immer noch viele Steindrucker und besonders viele Lithographen, hauptsächlich in den großen Städten, Wochen und Monate lang arbeitslos.

Freilich ist diese trostlose Lage des Lithographie- und Steindruckgewerbes nicht allein auf die allgemeine wirtschaftliche Depression zurückzuführen, sondern sie ist auch zu einem guten Teil hervorgerufen durch die fortschreitende Mechanisierung der Technik, durch die auch im graphischen Gewerbe und in den Vertriebs- und Druckverfahren die Handarbeit immer mehr und mehr verdrängt wird.

Daher war es eine kluge Tat, daß sich unser Stuttgarter Verbandstag, der für unsere Organisation im Mittelpunkt der Ereignisse des Jahres 1913 stand, besonders eingehend mit der Entwicklung der Technik befaßte und Mittel und Wege bestimmte, durch die die technischen Umwälzungen fortlaufend sorgfältig beobachtet und die Beobachtung in zweckentsprechender Weise nutzbringend für die Verbandsmitglieder verarbeitet werden können.

Die Erfüllung dieser Aufgabe sichert allein schon unserm Stuttgarter Verbandstage 1913 bleibende Bedeutung für unsere Organisation und für die ganze Kollegenschaft, wobei freilich nicht übersehen werden darf, daß er auch in mancher andern Hinsicht, so durch seine Beschlüsse zu den Rechenschaftsberichten, zu den Lohnbewegungen, zum Lehrlingswesen und zur Lehrlingsabteilung, zum Statut usw. eine Arbeit leistete, die eher oder später ihre Früchte zeitigen wird. In dieser Hinsicht ist also für unsern Verband das verfllossene Jahr von großer Bedeutung gewesen.

Bald nach unserm Verbandstage fand auch in Wien der Kongreß unserer Berufsinternationale statt, der ebenfalls eingehend die technische Entwicklung behandelte und der das Jahr 1913 für die gesamte internationale Kollegenschaft in derselben Weise bedeutungsvoll gestaltete, wie es durch unsern Stuttgarter Verbandstag für die deutsche Kollegenschaft gestaltet worden ist.

Natürlich konnte die trostlose wirtschaftliche Lage ebenso wenig wie die technische Entwicklung auf die Hauptaufgabe jeder Gewerkschaft, die Arbeit für die Hebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, nicht ohne hemmenden Einfluß bleiben. Auf diese Umstände ist es hauptsächlich zurückzuführen, wenn das Jahr 1913 in dieser Hinsicht nicht die Erwartungen erfüllt hat, die viele Kollegen vielleicht bei seinem Beginn gehegt haben mögen. Es wäre aber vollständig verfehlt, wenn man sich dadurch entmutigen und zur Untätigkeit bestimmen lassen wollte. Der Sache der Gehilfenschaft könnte kein größerer Schaden zugefügt und dem Unternehmertum könnte kein größerer Gefallen getan werden, als wenn man mißmutig und verzagt alles gehen lassen wollte wie es geht ohne jeden Versuch, den Lauf der Dinge bestimmend zu beeinflussen. Denn: *Nur der Starke wird das Schicksal zwingen, wenn der Schwächling untersinkt!* Dieses Schillerwort gilt auch im Kampfe der Organisationen. Es sei uns beim Eintritt in das neue Jahr Mahnung und Ansporn zugleich. Dann werden wir rüstig vorwärtsschreiten trotz alledem!

Rundschau.

Die Graphische Presse sollte in den Bibliotheken und Archiven aller Mitgliedschaften nach Jahrgängen gesammelt und gebunden vorhanden sein, da jeder ihrer Jahrgänge für die in der Agitation und Verwaltung tätigen Funktionäre eine Fülle von Material enthält und für alle Mitglieder eine reiche Quelle der Anregung und Belehrung bietet. Zur bequemeren Erschließung dieser Quelle und zur Erleichterung der Ausnützung dieses Materials wird seit dem Jahre 1908 jedem abgeschlossenen Jahrgange unseres Verbandsorgans ein Inhaltsverzeichnis beigelegt. Leider kam aber die Wahrnehmung gemacht werden, daß es viele Mitgliedschaften in einer völligen Verkenntung des Wertes unseres Verbandsorgans für die Werbe- und Aufklärungsarbeit unterließen, einige Exemplare der »Graph. Presse« zu sammeln, nach Abschluß jedes Jahrganges zu binden und der Ortsbibliothek bzw. dem Mitgliedschaftsarchiv einzuverleiben. Daher soll von dem mit der vorliegenden Nummer beginnenden neuen Jahrgange ab eine entsprechende Anzahl von Exemplaren jeder Nummer besonders und auf besserem Papier hergestellt, in der Expedition aufgesammelt, nach Jahreschluß gebunden und den Mitgliedschaften für ihre Bibliotheken oder Archive zugestellt werden. Zahlreiche Anfragen zeigen, daß diese Neueinführung einem Bedürfnis entgegenkommt und geeignet sein wird, das in der »Graph. Presse« enthaltene Werbe- und Aufklärungsmaterial über den Tag und die Woche hinaus nutzbringend zu verwenden. Für solche Mitgliedschaften, die bisher schon die »Graph. Presse« aufgesammelt und nach Abschluß jedes Jahrganges binden ließen, erübrigt sich dieses durch die Neueinführung. Das Inhaltsverzeichnis für den jetzt abgeschlossenen Jahrgang 1913 wird Nr. 2 des neuen Jahrganges beigelegt werden.

Der Arbeitsmarkt im November 1913. Der Beschäftigungsgrad auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt hat nach dem »Reichsarbeitsblatt« gegenüber dem Vormonat eine weitere Abschwächung erfahren; gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ist er ebenfalls im allgemeinen etwas schlechter. Nach den Ausweisen der an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Krankenkassen erlitt der gewerbliche Beschäftigungsgrad im letzten Monat eine leichte Abschwächung, da die Gesamtzahl der versicherungspflichtigen Krankenkassenmitglieder sich verringerte. Dieser Rückgang trat vor allem das männliche Geschlecht, das einen Abschlag um 0,70 v. H.

erlitt, während beim weiblichen Geschlecht die Beschäftigungsziffer um 0,33 v. H. stieg. Die Verminderung des Beschäftigungsgrades hatte eine Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge. Nach den Berichten der Fachverbände waren 3,1 v. H. der Mitglieder arbeitslos, gegen 2,8 v. H. im Vormonat und 1,8 v. H. im November 1912. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen kommen im Berichtsmonat auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 219 Arbeitsgesuche gegen 168 im Vormonat. Im Vorjahr waren die entsprechenden Verhältniswahlen 173 und 148. Bei den weiblichen Personen entfielen auf je 100 offene Stellen 143 Arbeitsgesuche, dagegen im Vormonat 122; im Vorjahr waren die entsprechenden Verhältniswahlen 122 und 106. Bei beiden Geschlechtern läßt sich aus der Steigerung der Zahl der Arbeitsuchenden auf eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes schließen. — Aus dem chromolithographischen Gewerbe wird nach wie vor über nicht zufriedenstellende Beschäftigung geklagt. In der Tapetenindustrie bewegte sich die Beschäftigung im allgemeinen in normalen Bahnen. Einige Betriebe klagen über wenig befriedigenden Geschäftsgang, der in der Hauptsache durch die schlechte Bautätigkeit herbeigeführt ist.

Die Arbeitslosigkeit im polygraphischen Gewerbe stand nach den Mitteilungen des »Reichsarbeitsblattes« im November 1913 wie folgt:

Organisation	Mitgl.-Zahl am Monatsende	Arbeitslos am Monatsende		Arbeitslose auf 100 Mitglieder		
		am Ort	am Reise	Nov. 1913	Nov. 1912	Oktober 1913
Buchdrucker . . .	69490	2168	360	3,1	3,6	5,8
Buchbinder . . .	33648	636	51	2,7	2,0	2,3
Lithogr. u. Stndr.	16971	582	71	3,8	4,9	—
Druck.-Hilfsarb.	15990	398	3	2,6	1,7	2,5
Notensetzer . . .	440	—	—	—	—	—
Xylographen . . .	422	28	—	4,7	2,9	3,9
Gutenbergbund.	3433	25	—	0,7	1,3	1,1
Christl. graph. Verband . . .	2795	14	1	0,6	0,7	1,5

Gewerkschaftskongreß. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird den 9. ordentlichen Gewerkschaftskongreß zum 22. bis 27. Juni nach München einberufen. Die Tagesordnung für den Kongreß wird später festgesetzt.

Zum Bankverkehr der Gewerkschaften. Die Verhandlungen, die die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands mit der Deutschen Bank wegen ihres koalitionsrechtsfeindlichen Verhaltens (s. »Gr. Pr.« 1913 Nr. 50, Seite 402) führte, zeitigten kein befriedigendes Ergebnis. Die Vertreter der Deutschen Bank versicherten zwar wiederholt, daß die Bank nicht die Absicht habe, das Koalitionsrecht ihrer Angestellten zu beeinträchtigen, sie konnten sich aber nicht dazu verstehen, eine ausreichende schriftliche Erklärung hinsichtlich der Sicherung des Koalitionsrechts abzugeben. Verschiedene andere Banken bemühten sich um die Kundschaft der Gewerkschaften. Diese kann natürlich nur solchen Instituten zugewandt werden, die keinen Zweifel darüber lassen, daß das Koalitionsrecht der Angestellten nicht angetastet wird und dementsprechende Erklärungen abgeben. Dies ist von mehreren Großbanken gegenüber der Generalkommission bzw. dem Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten geschehen. Es können nunmehr folgende Banken empfohlen werden: *Berliner Handelsgesellschaft*, Berlin W 8, Behrenstr. 32/33; *Mitteldeutsche Creditbank*; *Schaaffhausenscher Bankverein*. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden in Zukunft diese Banken bei der Anlage ihrer Gelder bevorzugen. Drei weitere Banken; die Dresdner Bank, die Commerz- und Diskontobank und die Diskonto-Gesellschaft haben Erklärungen der oben bezeichneten Art nicht abgegeben. Nach Angabe des allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten sind aber in diesen Instituten den Angestellten bisher keine Schwierigkeiten hinsichtlich der organisatorischen Betätigung gemacht worden.

Soziale Monatsschau.

Berlin, den 29. Dezember 1913.

Die sozialpolitischen Ergebnisse des letzten Jahres für das Reich. — Kein Generalstreik der Ärzte! Friede zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Der arbeiterfeindliche Zug, der die Sozialpolitik des Reichs beherrscht, ist vielleicht in keinem früheren Jahre so sehr zutage getreten wie in dem jetzt abgelaufenen Jahre.

Das hat zunächst seinen Grund darin, daß das Reich vor einer wichtigen Aufgabe stand, die den Regierungen allein oblag, bei der daher die maßgebenden Herren in den Regierungen ganz dem Zuge ihres Herzens folgen konnten. Diese Aufgabe ist die Vorarbeit für die Krankenversicherung nach dem zweiten Buche der Reichsversicherungsordnung, das am 1. Januar 1914 in Kraft getreten ist.

Bei der Änderung der Bestimmungen über die Krankenversicherung haben sich alle arbeiterfeindlichen Kreise vereinigt, um in den Krankenkassen das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter zu beseitigen, weil es sich nur zu gut bewährt hatte, und daraus auf der letzte Arbeiter lernen konnte, daß die Arbeiter nicht mehr die Vormundschaft der Unternehmer brauchen, sondern daß sie selbst am besten ihre Angelegenheiten regeln können. Da unsere Gegner aber nicht wagten, offen die Unternehmer zu den Herren der Krankenkassen der Arbeiter zu machen, so übertrugen sie den Aufsichtsbehörden das entscheidende Wort für die

Leitung der Krankenkassen. Daher hatten die Behörden auch bei den Vorarbeiten für die Durchführung der neuen Krankenversicherung fast überall hineinzureden. Und sie haben es nur zu oft und nur zu sehr in dem Sinne getan, wie es die Gegner der Arbeiter erwarteten. Bei der Bildung der neuen Krankenkassen, bei der Zulassung besonderer Ortskrankenkassen und Ersatzkrankenkassen, bei der Übernahme der bisherigen Kassenbeamten, bei den Wahlen der Ausschußmitglieder, bei der Ernennung des Kassenvorsitzenden, bei der Verwendung der Kassennittel usw. haben die Arbeiter wieder einmal sehen müssen, wie es ihnen ergeht, wenn sie auf das Verständnis und auf das Entgegenkommen der Behörden angewiesen sind. Wie viel Erbitterung ist hier erregt worden.

Bisher war es die Unfallversicherung, die am meisten den Arbeitern zu Klagen Anlaß gegeben hat. Nach den Erfahrungen des letzten Jahres wird es den Arbeitern in den neuen, von den Aufsichtsbehörden beherrschten Krankenkassen vermutlich nicht besser ergehen als in der Unfallversicherung.

Leider beeinflusst diese Entwicklung unserer Reichsarbeiterversicherung immer mehr die Rechtsprechung in den Streitfällen über Arbeiterversicherungsfragen. Das Reichsversicherungsamt hat das neue Recht in manchen wichtigen Fragen so sehr zum Schaden der Arbeiter ausgelegt, daß die Entscheidungen nach unserer Überzeugung sogar im Widerspruch zu dem Sinn und dem Zweck des Gesetzes stehen.

Unsere Unternehmer möchten eine ähnliche Entwicklung der Rechtsprechung auch über die Streitfälle des gewerblichen Arbeitsvertrages herbeiführen. Sie haben sich im letzten Jahre mit ganz besonderem Eifer bemüht, Stimmung dafür zu machen. Das geht jedoch hier nicht so leicht, wie sie es wünschen. Die Mitwirkung namentlich der Arbeitervertreter in den Gewerbegerichten hat sich noch immer auf beste bewährt und sorgt dafür, daß hier die Rechtsauffassung der Arbeiter mehr als in den andern Gerichten zur Geltung kommt. Das ist für die Unternehmer ein genügender Grund, Sturm gegen die Gewerbegerichte zu laufen. Im letzten Jahre sind sie mit ihrer Forderung, daß die Gewerbegerichte besetzt oder wenigstens »unschädlich« gemacht werden, offener und dreister als früher hervorgetreten.

Kein Wunder! Haben sich doch in diesem Jahre alle arbeiterfeindlichen Kreise zu einem gemeinsamen Vorstoß und planmäßigen Feldzuge gegen die wichtigsten Rechte und Forderungen der Arbeiter verbunden. Die Großindustriellen, die Agrarier und die Mittelständler haben ein Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen, um die Arbeiter ganz unter ihre Faust zu bringen, ihnen das Vereinigungs- und Streikrecht zu entziehen und jede Verbesserung der »Versicherungssuche«, — wie sich der Geh. Kommerzienrat Vorster aus Köln, ein Vorstandsmitglied des Zentralverbandes deutscher Industriellen auszudrücken beliebte — zu verhindern.

Und wehe dem, der ihnen entgegenzutreten wagt, der noch ein gutes Wort für den Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung sagt. Sogar über die mehr als vorsichtigen Herren von der Gesellschaft für soziale Reform, alles gutgesinnte bürgerliche Herren, ist die wilde Schar unter der Führung der Arbeitgeber-Zeltung hergefallen und hat sie als Umstürzler, als Schürer des Klassenhasses denunziert.

Bei den Regierungen sind diese Bestrebungen nicht ohne Erfolg geblieben. Trotz der langen Reihe von Forderungen, die die Arbeiterverbände jedes Jahr wiederholen müssen, haben die Regierungen keine einzige Arbeiterschutzvorlage dem Reichstage zugestellt. Außer einigen ungenügenden Arbeiterschutzverordnungen ist nur das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Italien erwähnenswert, das im wesentlichen die Gleichstellung der Angehörigen beider Staaten für die als gleichwertig erachteten Zweige der Arbeiterversicherung bezweckt.

Für die Angestellten freilich sind die Regierungen mit 2 Vorlagen herausgekommen. Die Vorschläge sind aber auch danach: sie entsprechen in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Angestellten. Und als der Reichstag unter dem Druck der 110 Sozialdemokraten versuchte, die erste Vorlage, die die Bestimmungen über das Wettbewerbsverbot im Handelsgewerbe ändern soll, wenigstens einigermaßen zu verbessern, da erklärten die Regierungen die Änderungen für unannehmbar und haben dadurch bis jetzt das Zustandekommen des geplanten Fortschritts verfehlt.

In den Maßnahmen zur Bekämpfung der Fleischnot haben es die Regierungen gerade an dem Wichtigsten fehlen lassen. In dem Kampfe für die Arbeitslosenversicherung hat das Reich vollständig versagt. Dafür hat sich der Reichskanzler um so bereitwilliger erklärt, gegen das Vereinigungsrecht der Arbeiter vorzugehen, wenn er dazu im Reichstag die nötige Unterstützung fände.

Und die maßgebenden bürgerlichen Parteien werden dazu sicher die Hand bieten, wenn sie glauben, daß sie es sich den Arbeitern gegenüber erlauben können. Denn eine solche Haltung der Reichsverwaltung ist nur möglich, weil sie den Wünschen der maßgebenden bürgerlichen Parteien entspricht.

Daher ist das abgelaufene Jahr eine ernste Mahnung für die Arbeiter. Sie können sich nicht das Vereinigungs- und Streikrecht entziehen lassen,

well sie ohne diese Rechte wehrlos der rücksichtslosesten Ausbeutung preisgegeben wären. Sie müssen sich im Gegenteil mit allen Kräften einen immer größeren Einfluß auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen, um ihre Verhältnisse mehr und mehr zu verbessern. Dazu bedarf es auch bedeutender Fortschritte auf dem Gebiete des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Reichsarbeiterversicherung. Die Vereinheitlichung und der zweckmäßige Aufbau des Arbeiterrechtes, die Selbstverwaltung der Arbeiter in der Arbeiterversicherung, eine unsere Bedürfnisse entsprechende Arbeitslosenversicherung: diese und manche weitere Forderungen sind dringend. Durchgeführt müssen sie werden, weil die wirtschaftliche Entwicklung sie zu einem Gebote der Notwendigkeit gemacht hat. Je länger aber unsere Gegner ihre Durchführung verzögern, um so schwerer leiden darunter die Arbeiter, um so nachteiliger ist es für die Gesamtheit. Deshalb müssen die Arbeiter im neuen Jahre mehr als je auf dem Posten sein: sie müssen den Kampf gegen die Anmaßungen der Unternehmer und für den Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung mit allem Nachdruck führen.

Der offene Ausbruch des Kampfes zwischen den Ärzten und den Krankenkassen, der am 1. Januar 1914 unvermeidlich erschien und die Form eines Generalstreiks der Ärzte anzunehmen drohte, ist noch in letzter Stunde vermieden worden. Am 23. Dezember 1913 fanden im Reichsamt des Innern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Delbrück neue Verhandlungen zwischen den Vertretern der Ärzte und der Krankenkassen statt, die sich äußerst langwierig und schwierig gestalteten, schließlich aber doch zu einer Beliegung der Differenzen auf der Grundlage des folgenden Abkommens führten: Zwischen dem Deutschen Ärzteverband (E. V.) Berlin und dem Verbande der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen in Leipzig und dem Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen in Essen, dem Gesamtverband deutscher Krankenkassen (E. V.) Sitz Essen (Ruhr), dem Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen (E. V.) in Dresden wird, unbeschadet der nach Maßgabe abweichender landesrechtlicher Vorschriften getroffenen oder zu treffenden Regelung als Grundlage für weitere Verhandlungen folgendes vereinbart:

1. Bei dem Versicherungsamt oder bei einer anderen Behörde wird ein Arztregister eingerichtet, in das sich jeder Arzt, der Kassenpraxis betreiben will, eintragen oder einer Organisation angehört oder nicht eintragen hat. Nähere Bestimmungen über die Eintragung bleiben örtlicher Vereinbarung vorbehalten. Nur die im Register eingetragenen Ärzte dürfen zur Kassenpraxis zugelassen werden. Die Auswahl der Zuzulassenden erfolgt von Fall zu Fall durch Verständigung der Vertreter der Kassen und der Vertreter der im Arztregister eingetragenen Ärzte nach Maßgabe vorher vereinbarter, im Einvernehmen mit dem Oberversicherungsamt festzustellender Regeln. Dabei gelten diejenigen Ärzte, die bisher Kassenpraxis ausgeübt haben, als im Arztregister eingetragene Ärzte und sind in demselben von Amts wegen zu führen. Bei Streit über die Zulassung entscheidet unter Vorsitz eines Beamten (zum Beispiel des Vorsitzenden des Versicherungsamtes) ein paritätisch besetzter Ausschuss, dessen Mitglieder aus dem Arztstande in ihrer Mehrheit zur Kassenpraxis zugelassene Ärzte sein müssen. Ein eingetragener Arzt, der dreimal ohne wichtigen Grund eine ihm angebotene Arztstelle bei einer beteiligten Kasse ablehnt, kann im Arztregister gestrichen werden.

2. Soweit nicht bei einer Kasse oder einem Kassenverband (§§ 406 bis 413 der Reichsversicherungsordnung) grundsätzlich alle im Arztregister eingetragenen Ärzte zur Kassenpraxis zugelassen sind, sind sowie Ärzte anzustellen, daß mindestens auf je 1350 Versicherte, bei Familienbehandlung auf je 1000 Versicherte, ein Arzt entfällt. Unter den bei einer Kasse oder einem Kassenverbande zugelassenen Ärzten soll, wenn nichts anderes bestimmt ist, den Versicherten die Auswahl frei stehen.

3. Die Art der Vergütung der ärztlichen Leistungen einschließend der Fuhrkosten wird der Regelung durch die Einzelverträge überlassen. Bei der Festsetzung der Vergütungen ist daran festzuhalten, daß dieselben unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, sowohl der Leistungsfähigkeit der Kassen als auch der Ansprüche der Ärzte auf eine nach Form und Höhe angemessene Entschädigung Rechnung tragen müssen.

4. Die Kassen innerhalb des Bezirks eines Versicherungsamtes und die innerhalb dieses Bezirks zur Kassenpraxis zugelassenen Ärzte bilden je eine Vereinigung zur Wahl eines Vertragsausschusses, dem nur zur Kassenpraxis zugelassene Ärzte angehören dürfen, und dem die Vorbereitung der Arztverträge obliegt. Die Verträge selbst werden zwischen der Kasse (oder dem Kassenverband) und dem einzelnen Ärzte geschlossen. Die Gültigkeit eines solchen Vertrages darf nicht von der Genehmigung einer anderen Organisation als der in Absatz 3 erwähnten, abhängig gemacht werden.

5. Soweit über den Abschluß neuer Verträge keine Einigung erzielt wird, unterwerfen sich die Ärzte und Kassen dem Spruche eines paritätisch besetzten Schiedsamts mit beamtetem Vorsitzenden darüber, welche Bedingungen als angemessene

dem Vertrage zugrunde zu legen sind. Hinsichtlich des Arztsystems bewendet es unbeschadet der Bestimmung unter Nr. 7 bei dem jeweils bestehenden Zustand. Eine Änderung des Arztsystems soll eintreten, wenn beide Teile, die Kasse und die bei der Kasse zugelassenen Ärzte, darüber einig sind, oder, wenn bei mangelnder Einigung beider Teile ein wichtiger Grund vorliegt. Beim Widerspruch der bisher bei einer Kasse zugelassenen Ärzte gegen eine von der Kasse erstrebte Änderung des Arztsystems kann die mangelnde Zustimmung der Ärzte durch einen Mehrheitsbeschluß der dem Vertragsausschuß (Nr. 4 Abs. 1) angehörigen Ärzte ergänzt werden. Bei Streit darüber, ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet das Schiedsamt (Abs. 1). Die Entscheidung des Schiedsamts bindet beide Teile.

6. Bei Streit aus abgeschlossenen Verträgen entscheidet ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht endgültig und für beide Teile bindend; für vermögensrechtliche Ansprüche kann der Rechtsweg vorbehalten werden.

7. Bestehende Verträge zwischen Kassen und Ärzten bleiben, soweit nicht die Bestimmungen in Nr. 11 Platz greifen, unberührt. Die Bestimmungen dieses Abkommens sind in den Fällen nicht anzuwenden, in denen vor dem 24. Dezember 1913 zwischen Ärzten und Krankenkassen eine Vereinbarung vorbehaltlich der Genehmigung der Zentrale des Leipziger Verbandes, zustande gekommen ist.

8. Auf die Regelung der Beziehungen zwischen Ärzten und den Betriebskrankenkassen der Eisenbahnverwaltung und auf die Regelung der Beziehungen zwischen Ärzten und den knappschaftlichen Krankenkassen finden die Bestimmungen dieses Abkommens keine Anwendung.

9. Es bleibt vorbehalten bei der Ausführung dieses Abkommens im Einvernehmen mit den Beteiligten zu prüfen, inwieweit die Verhältnisse der Landkrankenkassen und der an ihre Stelle tretenden Ortskrankenkassen noch besondere Bestimmungen erforderlich machen.

10. Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, die Stellungnahme ihrer Organisationen zu diesem Abkommen bis zum 29. Dezember 1913 vormittags dem Reichsamt des Innern anzuzeigen. Ist beiderseits Zustimmung erfolgt, dann wird die ärztliche Vertragszentrale (Leipziger Verband) a) den Abschluß von Verträgen dort, wo Ärzte und Kassen über die Vertragsbedingungen einig sind, sofort zulassen b) bei neu errichteten Kassen eine vorläufige Ordnung der ärztlichen Versorgung fördern, c) darauf hinwirken, daß dort, wo bei schon bestehenden Kassen eine Einigung zwischen Ärzten und Kassen noch nicht erzielt ist, die Vertragsverhandlungen gefördert werden und bis zu deren Abschluß die alten Verträge weiter gelten.

11. Beide Vertragsparteien werden bemüht sein: a) auf die baldige Entbindung derjenigen Ärzte von der kassenärztlichen Tätigkeit an Orte Bedacht zu nehmen, die die Kassen während der jetzigen Vertragsstreckigkeiten von auswärts zugezogen haben und mit denen sie rechtsgültige Verträge geschlossen haben, b) für die anderweitige Unterbringung dieser Ärzte zu sorgen, c) auf eine möglichst baldige Lösung der Verträge hinzuwirken, d) die dabei notwendig werdenden Abfindungen zu vereinbaren. Diese Verhandlungen sollen von beiden Vertragsstellen gemeinschaftlich geführt werden, wobei vorausgesetzt wird, daß die Regierungen deren Bemühungen unterstützen werden. Die entstehenden Kosten übernimmt der Leipziger Verband unter der Voraussetzung, daß die Verbände der Kassen ihren Einfluß dahin geltend machen, daß innerhalb der Kassen zu dem Arzthonorar für diesen Zweck einen Zuschlag von jährlich 5 Pfennig auf den Kopf der Versicherten bewilligen. Durch diesen Zuschlag soll die Hälfte der Kosten gedeckt werden.

12. Zur Durchführung dieses Abkommens und zur Entscheidung von Streitigkeiten, die daraus entstehen, wird ein paritätisch besetzter Zentralausschuß in Berlin eingesetzt, dessen Vorsitzenden der Staatssekretär des Innern ernannt. Bei der Besetzung des Ausschusses wird auf entsprechende Mitwirkung des beteiligten Bundesstaats Bedacht genommen werden.

13. Dieses Abkommen gilt vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1923 und von da an auf unbestimmte Zeit weiter unter dem Vorbehalt einjähriger Kündigung, die nur auf den 1. Januar stattfinden ist. Im Falle einer Kündigung soll der Zentralausschuß alsbald Verhandlungen einleiten, um ein neues Abkommen vorzubereiten.

Durch dieses Abkommen, dem voraussichtlich beide Teile zustimmen werden, ist ein Kampf vermieden, der für die ärztliche Versorgung der Versicherten außerordentlich schwere Folgen hätte haben können. Auch die Arbeiterschaft wird daher den Friedensschluß auf der geschilderten Grundlage trotz der Zugeständnisse, die den Ärzten gemacht wurden, als das kleinere Übel betrachten und dem Abkommen zustimmen. Δ

Entstehung und Beseitigung der Klassenmonopole.

I.
Nach sozialistischer Auffassung beruht das Elend der großen Masse des Volkes auf der Trennung

des Arbeiters von den Produktionsmitteln. Der Arbeiter ist besitzlos, nicht in dem Sinne, als ob er nichts besäße und arm sei wie eine Kirchenmaus, sondern insofern er nichts oder nicht genügend besitzt, um für sich und seine Familie den Lebensunterhalt selbständig erzeugen zu können. Ein ländlicher Tagelöhner, der ein Häuschen und ein Stückchen Land sowie etwas Vieh besitzt, kann damit nicht soviel herauswirtschaften, daß er mit seiner Familie davon leben kann, weshalb er sich in die wirtschaftliche Abhängigkeit von einem Bauern oder einem Großgrundbesitzer begeben muß, dem er seine Arbeitskraft gegen einen kargen Lohn zur Verfügung stellt. Ein gewerblicher Arbeiter, der vielleicht ein paar tausend Mark geerbt hat, bleibt solange Proletarier, wie er nicht genügend Kapital besitzt, um sich selbständig machen zu können. Und da die übergroße Anzahl der Proletarier niemals in die Lage kommt, ausreichende Produktionsmittel zu erwerben, um für eigene Rechnung wirtschaften zu können, so bleiben sie eben Lohnsklaven des ausbeuterischen Kapitals, das heißt der Besitzer der Produktionsmittel. Und obendrein erliegen noch jahraus, jahrelang zahllose Selbstwirtschaftler der Übermacht des Großkapitals und sinken ins Proletariat hinab oder werden, wenn sie auch scheinbar ihre Selbständigkeit behalten, vom Großkapital wirtschaftlich abhängig.

Dagegen werden, wie es im sozialdemokratischen Programm heißt, die Produktionsmittel: Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Werkzeuge und Maschinen, Rohstoffe und Hilfstoffe, Verkehrswege und Transportmittel, Kaufhäuser und Lagerhäuser, immer mehr das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern. Hand in Hand mit dieser zunehmenden Monopolisierung der Produktionsmittel geht ein riesenhaftes Anwachsen der Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeitskraft, doch werden alle die daraus entspringenden Vorteile, so sagt das Programm, von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert, also mit Beschlag belegt, während das Proletariat mit dem bloßen Lebensunterhalt abgespeist wird. In prägnanten Umrißen sind uns hier das Bild der kapitalistischen Monopolwirtschaft gezeichnet: Das Kapital beherrscht das Gebiet der Gütererzeugung und des Verkehrs, oder anders ausgedrückt, es ist Alleinherrscher in unserem gesamten Wirtschaftsleben, die lebendige menschliche Arbeitskraft ist zu seiner Sklavin geworden und muß sich die Bedingungen, unter denen sie sich betätigen darf, vorschreiben lassen; im Gebiete der Güterverteilung sind die Kapitalisten, die Besitzer der Produktionsmittel, ebenfalls die Bevorzugten, die den Löwenanteil für sich in Anspruch nehmen, während die Arbeiter mit dem zufriedenen sein müssen, was ihnen ihre Herren zubilligen, wenn sie nicht — und hier ändert sich das Bild — mit Hilfe ihrer starken Organisationen imstande sind, den Monopolisten Verbesserungen abzurufen. Kurz zusammengefaßt besagt das: die Besitzer der Produktionsmittel sind die Herren unseres Wirtschaftslebens und machen ihre Herrschaft überall geltend, die Arbeiter führen einen zähren, erbitterten Kampf gegen die Klassenmonopole und die Monopolgeiste. Dieser Widerstreit der kapitalistischen und proletarischen Willensrichtungen macht den Inhalt der Klassenkämpfe aus, die die Gegenwart durchtoben.

Wenn wir das Wesen der modernen kapitalistischen Gesellschaft mit all ihren Klassengegensätzen verstehen wollen, so müssen wir auf ihren Ursprung zurückgehen und ihre Entstehung ergründen. Denn es steht fest, daß diese Gesellschaft nicht von Anfang an bestanden hat, etwa als Erzeugnis einer Gottheit, als eine göttliche Weltordnung, sondern daß sie allmählich geworden ist, daß sie sich aus andern, früheren, vorkapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsgebilden im Laufe der Zeit entwickelt hat. Also — wie ist der Kapitalismus entstanden, wie ist er das geworden, was er heute vorstellt? Das ist die Frage, die wir zunächst beantworten müssen.

Die einstmalige maßgebende Meinung, daß der Herrgott für unsere sozialen und wirtschaftlichen Zustände verantwortlich zu machen sei, weil sie von ihm herrührten, kann heute wohl als überwunden bezeichnet werden. Gegen diese Auffassung spricht nicht nur die Weltgeschichte mit ihren Unterabteilungen, der Kultur-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, sowie die politische Geschichte, sondern auch die Religionsgeschichte. Keine von ihnen weiß etwas davon, daß ursprünglich eine Klassenscheidung in den Menschengruppen vorhanden gewesen sei, im Gegenteil, sie alle setzen einen Zustand voraus, in dem alle Menschen einer Gruppe den gleichen Anspruch auf die Natur- und Arbeitsprodukte hatten bei gleicher Arbeitspflicht. Erst allmählich ist eine Scheidung eingetreten und es haben sich Klassen gebildet. Über das Wie und Warum dieser Klassenscheidung gehen die Ansichten auseinander. Die landläufige liberal-kapitalistische Lehre erzählt uns, daß die Menschen in den frühesten Zeiten ein allgemeines Benutzungsrecht an allen Unterhaltsmitteln besaßen hätten. Aber die einen seien fleißiger, klüger und geschickter gewesen als die anderen und sie hätten deshalb mehr vor sich gebracht als jene; außerdem seien sie auch sparsamer gewesen und hätten ihren Besitz zusammengehalten, während die andern alles durchgebracht hätten.

Diese Erzählung aus der Kinderfibel, wie Karl Marx sie nennt, spielt in der Volkswirtschaftslehre ungefähr dieselbe Rolle, wie die Erzählung vom Sündenfall in der Theologie: In einer längst verflorbenen Zeit gab es auf der einen Seite eine fleißige, intelligente und vor allem sparsame Elite und auf der andern Seite faulenzende, alles verjubelnde Lumpen. Die ersteren häuften Reichtum auf und wurden Kapitalisten, die andern blieben arme Teufel und mußten sich in die Knechtschaft der Kapitalisten begeben. Und so ist es auch heute noch; denn das Kapital ist ja weiter nichts, als das Ergebnis wirtschaftlicher Tüchtigkeit und Sparsamkeit, und die Armut der großen Masse ist die Folge von Faulheit, Unfähigkeit und Verschwendung. So wird es auch ewig bleiben, folgern die Prediger dieser Lehre; denn wenn wirklich der Sozialismus einen Zustand der Gleichheit und Gleichberechtigung herbeiführen sollte, so würden doch bald wieder klaffende Unterschiede vorhanden sein, eben weil die einen fleißig sind und sparen, die andern aber faul sind und verschwenden. Auf diese Weise ist der Sozialismus widerlegt und abgetan.

Arger ist wohl die Wahrheit noch niemals auf den Kopf gestellt und schlimmer ist wohl die Wirklichkeit noch niemals gefälscht worden. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß sich die heute bestehenden Verschiedenheiten des Besitzes und des Einkommens nur aus Charakterunterschieden gebildet und sich durch Fleiß und Sparsamkeit auf der einen und durch Faulheit auf der andern Seite entwickelt hätten, und daß daraus erst die sozialen Unterschiede, die Klassengruppierung entstanden seien. In zahlreichen Fällen läßt sich das Gegenteil nachweisen: Zuerst sind die Menschen sozial und rechtlich auseinandergelassen worden, indem sich die einen zu Herren aufwarfen und die andern zu Knechten machten, und dann hat sich die Kluft in bezug auf das Eigentum immer mehr vergrößert. In diesen Fällen haben nicht wirtschaftliche Beziehungen zwischen freien und gleichberechtigten Stammesgenossen, sondern politische Beziehungen zwischen Siegern und Unterjochten die sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Klassengegensätze geschaffen. Nicht nur deshalb gibt es Reiche und Arme, Herren und Knechte, weil die Menschen verschieden wirtschaftet haben, sondern auch weil die einen die andern beraubt und unterjocht haben. Eroberung und Unterjochung, Raub und Mord, kurz gewaltsame Mittel spielen hier die hauptsächlichste Rolle. Und die Geschichte dieser Umwälzungen ist mit Blut und Feuer geschrieben, es ist die Geschichte der Enteignung der Volksmassen durch eine kleine Anzahl gewalttätiger Räuber, die ihre Methode, Eigentum zu erwerben, in den Mantel des Rechts hüllten. Und noch heute stützen sie sich auf die brutale Gewalt, auf Bajonette und Kanonen, auf Polizeizäbel und Handschellen. Vom rein geschichtlichen Gesichtspunkte aus hatte also der Franzose Proudhon ganz recht, wenn er den Satz prägte: Eigentum ist Diebstahl, was der Deutsche Lassalle etwas zarter ausdrückte mit den Worten: Eigentum ist Fremdtum. Nicht als ob die heutigen Eigentümer noch jene Methoden anwendeten, o nein, sie handeln moralisch und gesetzlich, aber ihre Vorfahren haben oft Gewalt gebraucht, ihr Eigentum beruht also nicht auf Arbeit und Recht, sondern es ist Gewalt-eigentum.

Der moderne Kapitalismus ist aus dem mittelalterlichen Feudalismus herausgewachsen, und dieser wiederum hat seine Wurzeln in der antiken Sklavereiwirtschaft. Diese beiden vorkapitalistischen Wirtschaftsformen beruhten im wesentlichen auf dem Großgrundbesitz und der Naturalwirtschaft. Die Macht der besitzenden Klassen gründete sich im wesentlichen auf den Besitz an Grund und Boden, während das sogenannte bewegliche Kapital, das heute eine ebensolche Rolle spielt wie der Großgrundbesitz, damals noch wenig bedeutete und eigentlich nur in Form von Wucherkapital und später auch als Handelskapital auftrat. Der Großgrundbesitz ist nun offenbar nicht auf eine derartig harmlose und anständige Weise entstanden, wie uns die kapitalistische Kinderfibel glauben machen will.

In den allerfrühesten Zeiten der Menschheit war der Grund und Boden gemeinsames Eigentum aller Angehörigen einer Horde, die sich dort vorübergehend oder dauernd niederließ. Niemand war imstande, ein größeres Stück Land zu seinem privaten Eigentum zu machen, als er mit seiner Familie selbst bewirtschaften konnte. Wenn irgend ein landhungriger Mensch eine weite Fläche eingezäunt und für sein Eigentum erklärte hätte, so würde dies den anderen lächerlich vorgekommen sein; sie würden sein vermeintliches Recht nicht geachtet haben, und der neue Eigentümer hätte auch gar kein Mittel gehabt, sein angebliches Recht gegen seine Stammesgenossen zu schützen. Es gab ja noch keine Hypothekensbücher und Flurschützen, es gab ja noch kein Gesetz, das das Betreten fremden Bodens unter Strafe stellte, kein Gericht, das diese Strafe verhängte, und keine Polizei, die sie vollstreckte. Man male sich nur die lächerliche Situation aus, in die noch heute auf dem Hochland von Mittelfrika ein Eingeborener bei seinen Genossen geraten würde, wenn er seine Hand ausstreckte, bis an den Rand des Horizonts zeigte und spräche: Das ist mein Eigentum! Wo Land in Hülle und Fülle vorhanden ist, da hat kein Mensch eine Veranlassung und auch kein Recht, mehr Land für sich in Anspruch zu nehmen, als er bewirtschaften

kann. Denn was sollte es für einen Sinn haben, weite Länderstrecken abzusperrn und zum Privateigentum zu machen, wenn keine fremden Menschen da sind, die für den Eigentümer das Land bebauen und ihm die Früchte abgeben? Was würde noch heute ein ostelbischer Rittergutsbesitzer anfangen, wenn er keine Diensthöfen, Tagelöhner, Landarbeiter hätte, die für ihn arbeiten. Wenn alle diese Leute die Arbeit fortan einstellen würden, so bliebe den herrschaftlichen Familien nichts anderes übrig, als sich selbst Kohl und Kartoffeln, Korn und Gemüse zu bauen, selbst für Milch und Brot und Fleisch zu sorgen. Da würde natürlich der übergroße Teil des Rittergutes un bebaut liegen bleiben, und der Viehbestand würde auf ein paar Haustiere zusammenschmelzen. Nur auf der Möglichkeit, fremde Arbeitskräfte auszunutzen, beruht die Existenzmöglichkeit des Großgrundbesitzes. Nun gab es in jenen Zeiten, von denen wir ausgingen, noch keine Leute, die Lust hatten, für einen Grundbesitzer zu arbeiten; denn wer möchte wohl für andere Leute arbeiten, wenn so viel Land da ist, daß jeder auf eigener Scholle seine Existenz finden kann? Weil nutzbares Land im Überflusse vorhanden war, konnte von einem Großgrundbesitz nicht die Rede sein; denn dazu fehlten die wirtschaftlichen und rechtlichen Vorbedingungen vollständig.

Das wurde aber anders, so erzählt uns die Kinderfibel weiter, als alles verfügbare Land in Bearbeitung genommen war und für den Nachwuchs und die Hinzukommenden nichts mehr übrig war. Denn jetzt blieb ihnen kein anderer Ausweg, falls sie leben wollten, als ihre Arbeitskraft in den Dienst eines Landbesitzers zu stellen. Letzterer erzeugte natürlich mehr, als er gebrauchte, und da er sparsam wirtschaftete, wurde er wohlhabend und dehnte seinen Besitz aus. Auch durch Erbschaft fiel ihm hier und da ein Stück Land zu, und er kaufte sich auch benachbartes Land hinzu, so daß sein Gut immer größer wurde, während andere Landbesitzer durch leichtsinniges Wirtschaften, durch Verschwendung und Erbteilung ihr Gut zerstückelten. So entstand dann der Großgrundbesitz im Gegensatz zu den mittleren und kleinen Bauerngütern und vor allen Dingen im himmelschreienden Gegensatz zu den landlosen Proletariern, die natürlich arme Teufel blieben und deshalb kein Recht hatten und nichts galten. Wenn man es so hört, mag es leidlich klingen, sagt der Dichter. Aber diese Darstellung ist falsch, sie ist allein schon heute deshalb falsch, weil noch heute nicht alles Land in Benutzung genommen ist. Noch heute gibt es unkuльтиviertes Land in Menge, und noch heute wäre es möglich, Millionen von Menschen auf eigener Scholle anzusiedeln, wenn jede ackerbaureibende Familie nicht mehr Land besäße, als sie für ihren eigenen Lebensunterhalt braucht und verwenden kann. Nirgend in der Welt ist jemals Großgrundbesitz dadurch entstanden, daß alles Land mit Besatz belegt war. Ganz andere Ursachen sind es gewesen, denen er seine Entstehung verdankt.

Ein Beschwichtigungsmanöver.

Bei der gewaltigen Aufregung, welche mit Recht der Skandal von Zabern und seine Behandlung durch den Reichskanzler hervorgerufen hat, ist der Arbeitslosenbeirath im Reichstage nicht diejenige Aufmerksamkeit gewidmet worden, die sie wohl verdient hätte. Und doch hat sie mehrere Momente zeitig, die von der Arbeiterschaft nicht vergessen werden sollten. So hat u. a. der Staatssekretär des Innern, Herr Dr. Delbrück, sich eine Äußerung gestattet, die man als geradezu phänomenal bezeichnen muß. Weil nämlich Genosse Silbermann auch die Wirtschaftspolitik des Reichs für die schweren Sorgen der hungernden Arbeiterschaft verantwortlich machte, fühlte sich Herr Dr. Delbrück veranlaßt, diese Wirtschaftspolitik zu verteidigen. Das wird ihm niemand übel nehmen. Aber war es deswegen notwendig, Behauptungen aufzustellen, die allen Tatsachen geradezu ins Gesicht schlägen? Der Herr Staatssekretär sagte nämlich: gerade im Interesse der Arbeiter müsse »unsere« Wirtschaftspolitik beibehalten werden, denn sie habe »unseren inneren Markt gestärkt«.

Was mag wohl der Herr Staatssekretär unter dem »inneren Markt« verstehen? Alle gewöhnlichen Sterblichen, in Praxis wie Wissenschaft, verstehen darunter den Absatz der heimischen Produkte bei der heimischen Bevölkerung. Und man weiß längst, daß dieser innere Markt das Rückgrat unserer Volkswirtschaft bildet. So wichtig die Ausfuhr ist, so sehr man auch der überseeischen Kolonisation — wenn sie auf andere Weise betrieben würde als heute beliebt ist — einen wirtschaftlichen Wert zugestehen mag, die Hauptsache bleibt doch der innere Markt. Denn zunächst gibt es eine große Anzahl von Gewerben, die gar nicht oder nur unbedeutend fürs Ausland arbeiten können; man denke an Brauerei, Bäckerei, Fleischerei, Buchdruck, Baugewerbe, große Teile der Landwirtschaft und viele andere. Sodann ist auch bei den meisten anderen Gewerben der Absatz unter den Millionen der eigenen Volksgenossen das nächstliegende und wichtigste. Nur wenige arbeiten vorwiegend für den Export. Wenn nun die eigenen Volksgenossen nicht in genügendem Maße kaufen, so muß der Absatz stocken und alle jene Gewerbe müssen in Schwierigkeiten geraten.

Eine Stärkung des inneren Marktes wird demnach dann erreicht, wenn die Masse der eigenen Volksgenossen in den Stand gesetzt wird, mehr als bisher zu kaufen. Daß dies durch unsere gegenwärtige Wirtschaftspolitik erreicht worden sei, muß der Sinn jener Worte des Staatssekretärs sein, wenn sie überhaupt einen Sinn haben.

Nun liegt auf der Hand, daß es zwei Möglichkeiten gibt, die Kaufkraft der eigenen Volksgenossen zu heben: entweder müssen die Waren billiger werden, oder die Einkünfte der Käufer müssen steigen. Hätte also unsere Wirtschaftspolitik wirklich den inneren Markt gestärkt, so müßte sie diese beiden Wirkungen, oder allermindestens eine davon hervorgebracht haben. Nun grenzt es ja fast an Hohn, den Arbeitern erst noch beweisen zu wollen, daß gerade das Gegenteil richtig ist. Da aber jene Behauptung aus so hohem Munde und an so verantwortlicher Stelle getan worden ist, seien doch die Tatsachen kurz erwähnt.

Was zunächst die Warenpreise betrifft, so weiß jedermann, daß »unsere« Wirtschaftspolitik, d. h. die Politik der exorbitant hohen Zölle, nicht etwa darauf ausgegangen ist, sie zu verbilligen, sondern im Gegenteil ihre Verteuerung bezweckt. Und das ist ihr auch in hervorragendem Maße gelungen. Wenn wir z. B. das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich aufschlagen, Jahrgang 1913, so finden wir, daß in der Zeit von 1903—1912 die Großhandelspreise einiger wichtiger Waren, die im Arbeiterhaushalt unentbehrlich sind, wie folgt in die Höhe schmolzen. Es kosteten:

	1903	1912
1000 kg Roggen	132,30 Mk.	185,80 Mk.
„ „ Gerste	128,30 „	179,80 „
„ „ Kartoffeln	26,30 „	43,30 „
100 „ Butter	223,60 „	262,70 „
150 „ Heringe	29,70 „	33,80 „
100 „ Kaffee	56,70 „	149,90 „
„ „ Reis	22,30 „	29,— „
„ „ Rohtabak	65,20 „	89,20 „
„ „ Häute	200,— „	249,— „
„ „ Wolle	299,20 „	344,20 „
„ „ Baumwolle	114,80 „	120,20 „
1 „ Leinwand	2,04 „	2,52 „
1000 „ Rohseil	60,50 „	75,90 „
„ „ Magerkohlen	8,30 „	10,90 „
100 „ Petroleum	22,60 „	27,50 „

Hierin liegt an und für sich, wie keines besonderen Beweises bedarf, eine Schwächung des inneren Marktes. Insgesamt — ausführliche Berechnungen beweisen das — sind die Waren, die der deutsche Arbeiter braucht, um rund ein Drittel teurer geworden. Folglich ist für dasselbe Geld nur noch $\frac{1}{3}$ weniger an Waren zu kriegen als früher.

Nun könnte das ja ausgeglichen sein, wenn etwa zur selben Zeit die Löhne um ebenso viel gestiegen wären. Das wäre dann zwar immer noch keine Stärkung des inneren Marktes, aber seine Schwächung wäre doch vermieden. Ein umfassendes Bild von der Höhe der Löhne im Deutschen Reich ist nicht zu kriegen. So weit hat sich unsere Statistik noch nicht aufgeschwungen. Man ist auf Einzelangaben angewiesen. So berichtet z. B. die preußische Eisenbahnverwaltung im Statistischen Jahrbuch für den preußischen Staat 1913 über die Löhne, die sie von 1896 bis 1910 gezahlt hat. Danach erhielten:

	1896	1903	1910
Hilfsarbeiter im Zugsdienst	1,97 Mk.	2,31 Mk.	2,85 Mk.
Bahnunterhaltungsarbeiter	2,01 „	2,32 „	2,83 „
Werkstättenhandwerker	3,14 „	4,17 „	4,90 „

Eine Steigerung um ein Drittel ist das seit 1903 freilich nicht. — Der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein, eine Unternehmerorganisation, die wahrlich die Löhne nicht schlechter darstellen wird, als sie sind, gibt von 1897 bis 1911 nur eine Verdoppelung der Löhne ihrer Bergarbeiter an; also seit 1903 ebenfalls auch keine Erhöhung um ein Drittel. In der Schwerindustrie des Westens sind die Löhne von 1905—1910 nur um wenige Mark gestiegen, so auf der Aplerbecker Hütte von 1351 auf 1374 Mk., in der Bodumer Gußstahlfabrik von 1350 auf 1416 Mk., in Aumetz-Friede von 1336 auf 1343 Mk. Und selbst wenn wir das Eisenhüttenwerk Thale nehmen mit Steigerung von 924 auf 1158 Mk. — die größte Steigerung, die wir für jene kurze Periode konstatieren können —, so ist das noch lange kein Drittel.

Außerdem aber sind bei all diesen Lohnangaben doch nur die beschäftigten Arbeiter gerechnet. Für den inneren Markt kommen aber in demselben Maße auch die Arbeitslosen in Betracht. Wenn wirklich durch Erhöhung der Löhne die beschäftigten Arbeiter im Stande wären, etwas mehr wie früher zu kaufen — was ja angesichts der Preissteigerung auch nicht mal zutrifft — und es wird eine größere Zahl arbeitslos, dann wird die Gesamtmenge dessen, was die Arbeiter allesamt kaufen können, dennoch kleiner. Daß dies der wirkliche Zustand ist, brauchen wir angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die sich gerade jetzt wieder breit macht, nicht erst zu beweisen.

Das lehnen die Tatsachen. Nicht gehoben, sondern gesenkt ist die Kaufkraft der Massen durch »unsere« Wirtschaftspolitik. Und wenn dann im Reichstage der Staatssekretär es wagt, das gerade Gegenteil zu behaupten, so ist das ein Beschwichtigungsmanöver, das zugleich eine recht unangenehme Spekulation auf die Unkenntnis der Zuhörer vorrä.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Ein Beitrag zum Thema „Arbeitslosigkeit“.

Die Berichte der gewerkschaftlichen und behördlichen Arbeitsnachweise zeigen uns, welchen erschreckend hohen Stand gegenwärtig die Arbeitslosenziffer im Deutschen Reich wieder erreicht hat. Riesige Scharen von Arbeitern müssen wider ihren Willen fern und die Hände, die sie gern in tätiger Arbeit rühren möchten, müßig in den Schoß legen. Auch ich gehöre jetzt zu jenen, die unfreiwillig Ferien machen und den ganzen Tag vom Morgen bis zum Abend zu ihrer freien Verfügung haben.

Ich frage nun: Ist es nötig, daß wir die Hände müßig in den Schoß legen und die freie Zeit, die uns jetzt reichlich zur Verfügung steht, verbummeln? Können wir nicht mit irgend welcher nützlichen Tätigkeit den Tag ausfüllen? Schon vor einiger Zeit hat ein Kollege in einem Artikel »Nützet die Zeit« darauf hingewiesen, wie nötig es ist, für die Organisationen der klassenbewußten Arbeiterschaft unter den Massen der Indifferenten zu werben. Wohlan, ihr organisierten Arbeitslosen, die Zeit ist gekommen! Tagtäglich habt ihr jetzt Zeit und Gelegenheit, denen, die mit euch unfreiwillig fern sind und sich noch nicht dazu entschlossen haben, sich einer modernen Arbeiterorganisation anzuschließen, die Augen zu öffnen über die Unnatürlichkeit der heutigen Wirtschaftsweise. Auch die uns noch Fernstehenden lernen gegenwärtig die Schäden der Krise am eigenen Körper spüren und eben dadurch sind sie für die Organisation leichter zu gewinnen. Darum auf ans Werk! Seid unablässig tätig, der Arbeiterbewegung neue Anhänger zuzuführen. Ihr selbst werdet davon Vorteile haben; denn je mehr die Massen des klassenbewußten Proletariats erstarken, umso leichter wird der Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu führen sein.

Die freie Zeit könnt ihr aber auch dazu ausnützen, eure eigene Bildung zu vervollkommen und euer Wissen zu bereichern. Wissen ist Macht — Bildung macht frei! Die Wahrheit des Liebknechtschen Wortes hat heute wohl jeder erkennen gelernt und groß ist das Streben der Arbeiterschaft nach den Quellen des Wissens und der Bildung. Doch es gibt leider immer noch viele, die in solchen Dingen eine verdamnte Bedürfnislosigkeit zeigen und ihre Zeit mit unnützem Kram vertrödeln. Die notorischen Versammlungsschwänzer, die Nichtleser des Verbandsorgans und der Arbeiterpresse sind es in der Hauptsache, die abends die Kneipen füllen und, nachdem sie ihren Doppelkopf oder Skat »gedroschen« haben, »tiefgründig« über Politik reden. Doch ist diese Sorte der Politisierer ja hinreichend bekannt und »geschätzt« und es verlohnt sich nicht, mehr Worte darüber zu verlieren. Solange diese Kollegen in Arbeit stehen, glauben sie sich damit gegen Angriffe wegen ihrer Lässigkeit in punkto Versammlungsbesuch u. s. w. entschuldigen zu müssen, daß sie einfach sagen, ihnen fehle jede Zeit, diesen Verpflichtungen nachzukommen. Zu dieser ohnehin windigen Ausrede ist ihnen jetzt, wo sie vielfach als Arbeitslose mit herumbummeln, durch die Verhältnisse jede Grundlage genommen worden. Sie haben jetzt Zeit, viel Zeit, um ihren Pflichten nachzukommen. Es wäre nur wünschenswert, daß sie jetzt die Gelegenheit beim Schopf ergreifen und die Zeit richtig ausnützen. Der ganze Tag steht ihnen jetzt zur Verfügung und sie haben reichlich Zeit, sich weiterzubilden und so ihre geistigen Waffen zu schärfen, damit sie in kommenden Kämpfen voll und ganz ihren Mann stehen können. Man sollte glauben, die Leserszahl der Bibliotheken und die Zahl der Bücherentnahmen müßten sich jetzt infolge der

allgemeinen Arbeitslosigkeit in großartiger Weise mehren, so daß die Verwaltungen der Bibliotheken ihre helle Freude daran hätten; doch ist davon nur wenig oder garnichts zu merken. Auch ist jetzt Zeit, die Museen zu besuchen und in ihnen die Werke der Kunst zu genießen, oder Geschichte (Stadt-, Heimat- oder Erdgeschichte usw.) im Anschauungsunterricht zu treiben usw. Doch leider sind auch die Säle der Museen nach wie vor leer und warten der Besucher.

Vielen Kollegen ist noch gar nicht bekannt, welche Bildungsmöglichkeiten z. B. eine Großstadt heutzutage bietet. Könnten da nicht die örtlichen Bildungsausschüsse oder die Ortsverwaltungen der Gewerkschaften Abhilfe schaffen und ein kleines Merkblatt herausgeben, durch das auf all die Bildungsmöglichkeiten hingewiesen und den Arbeitslosen gezeigt wird, wie sie die Zeit nützen können?

In erster Linie müßten die Bibliotheken und Lesezimmer der Gewerkschaften und Parteiorganisationen und die Zeilen, während welcher sie für den Verkehr geöffnet sind, auf diesem Merkblatt veröffentlicht sein. Daran anschließend wäre ein kurzer Führer durch diese Bibliotheken sehr zu empfehlen. Es müßten darin die besten Werke auf dem Gebiete der schönen Literatur, der Geschichte, der Erd- und Reisebeschreibung, der Naturwissenschaft, der Wirtschaftslehre, der Berufskunde usw. verzeichnet sein. Außerdem müßten auf jedem Arbeitsnachweis die Kataloge dieser Bibliotheken für jedermann zur Einsichtnahme ausliegen. Auf die besonders empfehlenswerten Schriften könnte viel leicht durch Unterstreichung mit roter Tinte oder in irgend einer anderen Art hingewiesen werden. So würde wohl mancher zum Lesen angeregt, der bisher nur selten oder gar nicht in ein gutes Buch gesehen hat. Unter Umständen können auch Kataloge der städtischen oder sonstigen öffentlichen Bibliotheken ausgelegt werden, in denen die Bücher, die für Fortgeschrittene, deren Urteilskraft schon geschärft ist, zum Studium empfohlen werden können, besonders hervorzuheben wären. So könnten wir vielleicht mit geringeren Kosten als für gelegentliche belehrende Vorträge mehr Bildung in die Arbeiterschaft bringen.

Weiter müßten die Besuchszeiten der Museen verzeichnet sein und die Führer durch diese Museen müßten zur unentgeltlichen Benutzung für die Arbeitslosen ausliegen. Dann würden vielleicht die Beschwerden mancher Direktoren über den schwachen Besuch ihrer Museen durch die Einheimischen aufhören. Tatsache ist ja, daß die in der betreffenden Stadt Geborenen selten über den Charakter oder den Inhalt dieses oder jenes Museums Auskunft geben können, weil sie selbst noch niemals dessen Säle betreten haben.

Genau dieselbe Unkenntnis zeigen die »Eingeborenen«, wenn man sie nach Schönheiten in der Umgebung der Stadt befragt. Auch hier könnte leicht Abhilfe geschaffen werden, wenn einige leicht auszuführende kleine Spaziergänge in die Umgebung der Stadt im Merkblatt beschrieben würden. Vielleicht findet sich auch hier und da einer, der einen solchen kleinen Ausflug organisiert. Die etwa arbeitslosen Mitglieder der »Naturfreunde« fänden hier wohl ein Gebiet, das zu beadern der Mühe wert ist.

Könnten nicht auch vielleicht die Arbeiterturnvereine den Arbeitslosen gestatten, während der regulären Turnstunden an den Übungen unentgeltlich teilzunehmen? Wenn den Arbeitslosen die Mitbenutzung der Hallen und Geräte gestattet ist, so wird wohl mancher Geschmack an der Turnerei finden und später, wenn er wieder Arbeit hat, dem Verein als Mitglied beitreten. Würden sich die Turnvereine mit diesem Vorschlag einverstanden erklären, so könnten auch sie auf diesem Merkblatt die Zeit, da ihre Übungsstunden stattfinden, veröffentlichen.

Wenn dann weiterhin noch auf unentgeltliche Veranstaltungen belehrender oder künstlerischer Art hingewiesen wird, so könnte manchem die

Zeit der Arbeitslosigkeit wenigstens etwas verbüßt werden. Ich erinnere nur daran, daß z. B. die weltberühmten Motetten des Thomanerchors in Leipzig von Arbeitslosen so gut wie gar nicht besucht werden.

Ebenso könnte ein guter Führer durch die Stadt zur freien Benutzung ausgelegt werden. Meist ist ja in diesen Führern eine kurze Geschichte der Stadt enthalten und daran anschließend ein Rundgang durch die Stadt mit Beschreibung der einzelnen, besonders beachtenswerten Baulichkeiten usw. So könnte mancher Stadtfremde mit der Stadt vertraut gemacht werden und auch mancher Einheimische könnte noch ein Stück dazu lernen.

Vielleicht würden sich auch Leute finden, welche Führungen für die Arbeitslosen durch dieses oder jenes Museum veranstalten. Wir haben innerhalb unserer Reihen genug Leute, welche die Fähigkeiten und das Wissen besitzen, einmal eine solche Führung zu übernehmen; vielleicht können diese Leute durch Aufrufe in der Arbeiterpresse oder an sonst geeigneten Stellen für die Sache gewonnen werden.

So ließe sich noch vielerlei darüber reden, wie der großen Masse der Arbeitslosen die Wege zu Bildung und Wissen auf leichte Art gezeigt werden können. Das könnte doch nur zum Nutzen und Heile sein für alle. Denn wenn den geistig bedürfnislosen Schichten der Arbeiterschaft erst einmal der Geschmack am Schönen und Edlen gekommen ist, dann werden auch sie aus ihrer Lethargie aufwachen und mithelfen, daß es ein Stücklein besser wird auf dieser Welt.

E—1.

Zu den Neuwahlen der Ortsvorstände.

Jedes Jahr im Januar hat die Neuwahl des Mitgliedschaftsvorstandes und der Revisoren stattzufinden; Wiederwahl ist zulässig. Wer nun viele Jahre und Jahrzehnte solchen Generalversammlungen mit dem Tagesordnungspunkt: »Neuwahl des Vorstandes« beigewohnt hat, der kann ein Liedchen davon singen und er kann auch etwas zu Nutz und Frommen der Mitglieder darüber sagen, da er eben aus Erfahrung sprechen kann, die schließlich doch aller Weisheit letzter Schluß ist.

Gewöhnlich sind solche Generalversammlungen für Vorstandesneuwahlen die schlechtest besuchten Versammlungen des ganzen Jahres. Mag auch der Versammlungstag und die Stunde des Beginns der Versammlung für die Mitglieder so bequem als irgend möglich festgesetzt sein, es nutzt alles nichts — diese Generalversammlungen sind schlecht besucht. Und warum? Weil sich eben jeder von der Annahme eines Postens oder Pösthens drücken will.

Dann werden manchmal von den wenigen Anwesenden auch noch recht sonderbare Vorschläge zu den wichtigsten Ämtern gemacht. Bei manchen Mitgliedern heißt eben auch in sehr ernsten Dingen die Lösung: »Einen Jux will er sich machen!« Nimmt nun keiner der Anwesenden das verantwortungsvolle Amt des Kassierers oder des ersten Vorsitzenden an und erklären sich die »Alten« im Interesse der Mitgliedschaft doch endlich wiederum bereit, es weiter zu führen, so ist ja für ein Jahr wieder ausgesorgt. Man hat nun »alte gute Luder«, bei denen manches Mitglied in den übrigen Versammlungen des Jahres und sogar auch außerhalb dieser Versammlungen wieder seine Ungezogenheiten anbringen kann. Denn der Kassierer ist ja nur dazu da, daß manche recht viele Beiträge restieren können, und der Vorsitzende, daß er recht viel mahnen und dafür die nötigen Grobheiten einstecken kann! Es recht zu machen jedermann, ist bekanntlich eine Kunst, die niemand kann und auch niemals einer können wird. An die Ehrenarbeiten, welche der Kassierer und der Vorsitzende das ganze Jahr im Interesse der Kollegen zu verrichten haben, denken nur die wenigsten Mitglieder. Und um Ehrenarbeiten handelt es sich, denn der Jux ist gar nicht in Frage kommende Prozentanteil von den Beiträgen macht z. B. in einer mittleren Mitgliedschaft mit über hundert Mitgliedern — dank der stets großen Beitragsrückstände — kaum so viel aus, als Kassierer und Vorsitzender für die Erneuerung ihrer durch die vielen Verbandslaufereien abgenutzten Stiefelsohlen ausgeben müssen.

Wie ungeheuer wichtig die Wahlen von Verbandsfunktionären sind, zeigt der nachstehend geschilderte Fall, der allen Gewerkschaftern wohl zu denken geben müßte:

»Themar. (Späte Sühne). Am Sonnabend wurde der Tischler Wilhelm Beyer aus Themar wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern vom Landgericht Meiningen zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate beantragt. Dieser Fall ist wieder eine Warnung für Gewerk-

schaften, in der Wahl ihrer Zahlstellenkassierer ja recht vorsichtig zu sein, damit solche Fälle möglichst vermieden werden. Beyer war in den Jahren 1907 und 1908 Zahlstellenkassierer der hiesigen Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes. Als solchem gingen ihm jährlich etwa 3000 Mk. durch die Hände. Einem raffinierten Schwindler gelingt es natürlich immer, Unterschlagungen zu begehen, ohne gleich entdeckt zu werden. So gelang es auch dem Beyer, etwa 600 Mk. zu unterschlagen. Als sein Treiben entdeckt wurde, entflohr er im Februar 1909 nach Belgien. Im Oktober d. J. kehrte er zurück, wohl in der Annahme, daß sein Vergehen verjährt sei. Dies war aber nicht der Fall und so erfolgte am 2. November seine Verhaftung. Daß ein Beyer ein solches Kassiereramt erhalten konnte, lag nur daran, daß sich die besser geeigneten Mitglieder eben immer drücken. Drückebergerei und Versammlungsschwänzerei führen aber natürlich zu ganz unhaltbaren Zuständen in jeder Organisation. Deshalb sollte jeder einzelne sich seiner Pflicht der Organisation gegenüber immer bewußt bleiben und stets dafür besorgt sein, daß an jeden Posten der richtige Mann kommt. Vor allen Dingen aber sollen die Versammlungen immer gut besucht werden. S.

Ortsberichte.

Dresden. Vor Annahme von Engagements in die hiesige Lithographie und Steindruckerei von Carl Creutzburg, Dresden-A., Arnoldstraße 8, soll hierdurch gewarnt sein. Material, Maschinen und Behandlung sind so, daß trotz der Kleinheit der Firma — soweit es unsere Fächer betrifft beschäftigt sie 7 bis 8 Mann — in ca. zwei Jahren siebzehn Kollegen die Firma wieder verlassen haben. Die meisten waren von auswärts und kamen auf Grund von Offerten zur Firma, nach kurzer Zeit voll Enttäuschung und Verdruß wieder abziehend. Weil sich die Kollegen die Behandlung nicht mehr gefallen ließen, wurden drei gekündigt. Unterhandlungen wurden aber bis jetzt abgewiesen. Kein Verbandsmitglied hat in die Firma zu gehen, bis die Ortsverwaltung Garantien erhält, daß die gerügten Verhältnisse gebessert sind. Bei Verstößen hiergegen werden alle statutarischen Bestimmungen in Anwendung gebracht.

Hanau. Die am 20. Dezember abgehaltene sehr gut besuchte Mitgliederversammlung beschäftigte sich auch u. a. eingehend mit dem Antrag der Zahlstelle Mannheim zur Gehaltsregulierung unserer Beamten. Der Vorsitzende Kollege Schnellbacher schilderte die Vorgänge auf der Generalversammlung in Stuttgart und die zur Gehaltsfrage eingebrachten Anträge. Er bedauerte persönlich die Art und Weise, wie die Mannheimer Zahlstelle vorging. Dies liegt sicher nicht im Interesse des Verbandes. Er sei auch ein Gegner einer Urabstimmung über diese Frage, da die Generalversammlung die höchste Instanz sei. Die dort gefaßten Beschlüsse müssen für jeden, der sich zur Demokratie bekenne, als bindend gelten, solange nicht eine Generalversammlung anders beschließt. Redner betonte, daß die Vorwürfe gegen den Hauptvorstand und Ausschuß berechtigt sind, da die Anträge zur Gehaltsfrage nicht vorher veröffentlicht wurden. Es wäre die Pflicht des Hauptvorstandes gewesen, dies zu tun. Den Kollegen in den einzelnen Zahlstellen sei aber hiermit auch eins gesagt: Die Mehrheit der Delegierten hat dieselbe Schuld, da sie auf der Generalversammlung trotz der unterlassenen Veröffentlichung dem weitestgehenden Antrage zustimmte. Zieht die Lehre daraus, damit die Delegierten und ihre Stellung zu allen Fragen von den Kollegen vor der Wahl genauer gesehen werden. Redner sprach den Wunsch aus, die Versammlung möge sich ihm anschließen und von einer Urabstimmung absehen. In der nun einsetzenden Diskussion wurde in scharfer Weise bemängelt, daß die Anträge nicht, wie jeder andere Antrag, vorher veröffentlicht wurden. Das sei eine Übertreibung der Kollegschaft und die Urabstimmung sei berechtigt. Im Lauf der Diskussion wurde ein Antrag eingebracht, der verlangt, sich dem Antrage der Mannheimer auf Urabstimmung anzuschließen; ein zweiter Antrag besagte, man möge sich mit der Wiedergabe der Stimmung der Versammlung in der »Graph. Presse« begnügen. Dieser Antrag fand nach der Ablehnung des ersten die Mehrheit der Versammlung. Mit einem Mahnwort des Vorsitzenden, bei jeder Versammlung so zahlreich zu erscheinen, wurde die interessant verlaufene Versammlung geschlossen.

Hannover. In unserer letzten Mitgliederversammlung nahmen die Kollegen Stellung zu dem Mannheimer Antrag zur Urabstimmung. Die sehr lebhaft Aussprache zeigte, daß die Kollegen ohne Ausnahme die Taktik des Hauptvorstandes, die er in der Neuregelung der Gehälter unserer Angestellten geübt hat, scharf verurteilten. Selbst die Hannoverischen Delegierten, die in Stuttgart den von den Mannheimern beanstandeten Beschluß mit gefaßt haben, mußten zugeben, daß die Generalversammlung in der Gehaltsfrage kurz vor ihrem Ende übertumpelt worden sei. Auch wurde entschieden bestritten, daß der Goutag in Hannover beschlossen habe, eine derartige Gehaltsvorlage der Generalversammlung einzureichen, wie sie ihr vom Kollegen Scheele aus Bielefeld unterbreitet worden war. Der Goutag habe sich wohl für eine Neuregelung und Aufbesserung der Gehälter aus-

gesprochen, aber über eine bestimmte Vorlage dazu habe er keinen Beschluß gefaßt. Weiter wandte man sich ganz entschieden gegen die falsche Auffassung, daß nach den Bestimmungen unseres Statuts Generalversammlungsbeschlüsse durch eine Urabstimmung nicht aufgehoben werden könnten. Gegen die Verfechtung dieser falschen Auslegung, die aus bestimmten Absichten erfolge, müßte belzeten scharf Stellung genommen werden: denn es gelte hier, einen Angriff auf das Hauptrecht der Mitglieder abzuwehren. Die Bestimmungen im Statut über die Urabstimmung seien klar; wer hier eine größere »Klarheit« schaffen wolle, dem sei es nur um die Beschneidung unserer Rechte zu tun. Die Versammlung nahm auch deshalb den Mannheimer Antrag auf Herbeiführung einer Urabstimmung gegen wenige Stimmen an, ohne sich die dazu gehörige Resolution zu eigen zu machen. Die Notwendigkeit der Regulierung und Aufbesserung der Gehälter unserer Angestellten wurde sogar im allgemeinen anerkannt. Es wurde ein Beschluß gefaßt, worin man ausdrücklich erklärte, daß die Zustimmung für die Herbeiführung einer Urabstimmung nicht als Gegnerschaft gegen den Stuttgarter Beschluß aufzufassen sei, sondern nur gegen die Art, wie er herbeigeführt worden ist. Es sei ja auch verfehlt, sich vor der Urabstimmung auf eine bestimmte Stimmweise festzulegen. Die Art der Abstimmung müsse jedem Mitgliede freigelassen werden. Im weiteren kamen die Hannoverischen Kollegen auch deswegen zu diesem Beschlusse, weil sie der Auffassung sind, daß nach der verfahrenen Lage in unserem Verbands nur dann wieder eine Geschlossenheit der Mitglieder herbeigeführt werden könnte, wenn die verschiedenen Meinungen der Kollegen über die Gehaltsfrage in einer Urabstimmung ausgetragen würden. Dem Ergebnis dieser Abstimmung müsse sich jeder Kollege beugen. Sache der Kollegen, die eine Regelung und Aufbesserung der Gehälter unserer Angestellten nötig halten, wäre es eben, vor der Urabstimmung für ihre Meinung unter den Kollegen zu wirken.

Der Lithograph.

Taten, nicht Worte!

»Der Worte sind genug gewechselt, Laßt mich auch endlich Taten sehen, indes ihr Komplimente drehselt, Kann etwas Nützliches geschehen.«
(Goethe) »Faust.«

Viele und gute Artikel sind im Spartenenteil »Der Lithograph« im Laufe der Jahre erschienen. Auch der in Nr. 51 des abgeschlossenen Jahrgangs 1913 veröffentlichte Artikel des Kollegen Ad. Bl.: »Lithographen, wachet euer Interesse!« gehört dazu. Leider werden manche Artikel von den Lithographen, für die sie geschrieben wurden, entweder gar nicht beherzigt oder vielleicht auch nicht einmal gelesen, denn sonst müßten solche Anschauungen, wie sie von manchen Lithographen tatsächlich noch vertreten werden, schon lange aufgeben sein.

Bei einer kürzlich abgehaltenen Geschäftsversammlung, an der auch ein nichtorganisierter Lithograph teilnahm, hörten wir als Antwort auf die Aufforderung des Vorsitzenden, doch dem Verbands beizutreten, Worte, die wir fast für unmöglich hielten. Auch der Besuch der Mitglieder- und Vortrags-Versammlungen durch die Lithographenkollegen ist meist prozentual viel schwächer als bei unseren Steindruckkollegen. Noch schlimmer steht es in Bezug auf die Mitarbeit der Lithographen in Vertrauensposten und sonstigen Ehrenämtern! Da drücken sich die Lithographenkollegen in der Regel so viel als nur möglich auch vor dem kleinsten Amte. Nur so konnte es vorkommen, daß bei einer kürzlich vorgekommenen Ortskrankenkassenwahl in einem Ort, in dem zahlreiche Kollegen beschäftigt sind, auf der Liste der freien Gewerkschaften wohl ein paar Steindruker und Buchdrucker standen, aber kein einziger Lithograph. Dafür prangte aber auf der gegnerischen Liste, die vom »Katholischen Arbeiterverein« und vom »Verband der reinstreuen Arbeiter« aufgestellt war, ein nichtorganisierter Lithograph.

Kollegen! Das muß doch anders werden! Eure Arbeiterreihe muß es euch doch schon gebieten, daß diese Laune, diese Saumseligkeit, diese Versammlungsschwänzerei, überhaupt die Interesselosigkeit endlich aufhört! Was nützen alle schönen Worte und alle beherzigenswerten Artikel, wenn solchen wohlgemeinten Worten nicht die Taten folgen? Also nochmals: Wachet euer Interesse! J. M.-D.

Der Steindruker.

Steindruckmaschinenmeister und Kupfertiefdruck.

Die Berliner Steindrukerfiliale hatte am 14. Dezember 1913 eine sehr gut besuchte Maschinenmeisterversammlung veranstaltet, deren Hauptpunkt ein Vortrag über das neue Tiefdruckverfahren war. Als Vortragenden hatte man Herrn Glebel, Mitinhaber der »Maschinenbauanstalt Kupfertiefdruck«, Berlin, Magazinstr. 15/16, gewonnen, der als Fach-

mann (gelernter Lithograph) aus der Praxis und damit aus dem Vollen schöpfen konnte und durch seinen rein sachlichen und hochinteressanten Vortrag die zahlreichen Zuhörer fesselte.

Nachdem Herr Glebel im allgemeinen auf die Entstehung des Tiefdruckes hingewiesen hatte, erklärte er an Hand eines Negatives, wie eine Vorlage behandelt und die Aufnahme für Tiefdruck gemacht werden müsse und was alles noch dazu gehöre, um das Negativ durch Retusche zu verbessern. Er ging dann auf die Anfertigung der Diapositive über, zeigte an Hand eines solchen, wie ein richtiges Diapositiv aussehen müsse und erklärte den Unterschied zwischen einem mit dem Apparat und einem im Pigment-Verfahren hergestellten Diapositiv. Der Vortragende vertrat den Standpunkt, daß ein Pigment-Diapositiv die Weichheit in den Abschattungen sowie auch die Effekte auf das feinste herauszubringen vermöge, was durch ein mit dem Apparat hergestelltes Diapositiv im allgemeinen nicht erreicht werden könnte.

Um wirklich künstlerische Reproduktionen auf das allerfeinste wiederzugeben, sei die Retusche die Hauptsache; an den Retuscheur werden daher im Tiefdruckverfahren die höchsten Anforderungen gestellt. Nur wirklich tüchtige Retuschoure, die Zeichentalent und die richtige Auffassung besitzen, könnten hierin etwas leisten, denn die Grundlage für die Tiefdruckätzung sei ein gutes, in allen Teilen sachgemäß ausgearbeitetes Diapositiv; auch sei die Tiefdruck-Retusche nicht mit der Retusche für andere Verfahren zu vergleichen.

Der Vortragende ging nun auf die Halbtonkopie auf Kupferübertragungspapier und auf das Einkopieren des Rasters, welches nach einer besonderen eigenen Methode vorgenommen wird, näher ein. Es wurde ein Arbeitstraster gezeigt, woran man erkennen konnte, wie scharf und dabei doch fein die Punkte in Erscheinung treten. Hierbei wurde noch ausdrücklich erwähnt, welcher große Wert auf die Einkopierung des Rasters gelegt werden müsse.

An Hand einer Kupferplatte wurde der Übertragungsprozeß, der beim Kupferzylinder wie bei der Kupferplatte auf demselben Prinzip beruht, sowie die Entwicklung und das Fertigmachen der Kupferplatte erklärt. Den Atzprozeß erläuterte der Vortragende an Hand eines Diapositives, bei dem er Vergleiche mit der Lithographie anstellte. Diese Ätzmethode biete keine erheblichen Schwierigkeiten und die Ätzung müsse immer gelingen, wenn bei den Vorarbeiten alles erwähnte berücksichtigt worden sei und der Atzer die Entwicklung des Bildes in den Atzbädern kenne und mit Verständnis arbeite. Zur Erklärung wurde noch eine fertig geätzte Kupferplatte mit den davon hergestellten Abzügen gezeigt.

Nunmehr ging der Vortragende auf den Druck über. Er betonte, daß sich der Flachdruck besonders für künstlerische Drucke, bei denen auf genaue Wiedergabe des Originals Wert gelegt werde, eigne, während der Rotationsdruck für den Zeitungsdruck in Frage komme. Die Flachdruckmaschinen, die von der »Maschinenbauanstalt Kupfertiefdruck« in Berlin gebaut werden, hätten dieselbe tägliche Leistung, wie eine Steindruck-Schnellpresse; diese Leistung sei abhängig von einer guten Ätzung und guter Farbe. Allzu rosige Schilderungen über die Tagesleistung einer Kupfertiefdruck-Schnellpresse seien mit Vorsicht aufzunehmen.

Der Vortragende sprach dann noch über die Farbe, die jetzt schon von vielen Firmen in guter Qualität angefertigt werde, und wies auf deren Dünnflüssigkeit hin. Er erwähnte auch, daß sich für die Rotationsmaschinen besser die sogenannte Wasserfarbe eigne, während für die Flachdruck-schnellpresse die Ölfarbe in Betracht komme.

Allgemeines Interesse erregte es noch, als der Vortragende nach seinen Erfahrungen erklärte, daß sich als Maschinenmeister an einer Tiefdruckmaschine in erster Linie der Stein und Lichtdruck-Maschinenmeister eigne, während für das gesamte Ätzverfahren und für die Retusche zuerst als Überläufer der Chromolithograph in Frage komme. Ein tüchtiger Chromolithograph, der auch Vorkenntnisse in der Lithographie besitze, mache sich sehr leicht mit dem Verfahren vertraut und es biete sich gerade für diesen Teil der Graphik, der durch die schlechte Konjunktur in Mitleidenschaft gezogen sei, in diesem neuen, schönen Verfahren ein weites Feld.

Die Druckresultate aus der Lehranstalt wurden in den verschiedensten Ausführungen wie Kunstablätter, industrielle Sachen, Postkarten, Reproduktionen nach Werken alter Meister, Prospekte usw. vorgelegt, die allgemein als sehr gut ausgeführt bezeichnet wurden. Reicher Beifall belohnte den Vortragenden für seine hochinteressanten Ausführungen.

Nach dem Vortrage wurde noch in der Lehranstalt der »Maschinenbauanstalt Kupfertiefdruck« eine Tiefdruck-schnellpresse im Betrieb gezeigt. Besonderes Interesse erregte der äußerste einfache Mechanismus, sowie die Möglichkeit, ganz starke, sehr rauhe Kartonpapiere ebenso gut zu drucken wie ganz dünne, einfache Zeitungspapiere, und der trotz der ganzen Einwalzung der Kupferplatte geringe Farbenverbrauch. Alle Besucher waren von der Besichtigung vollauf befriedigt. Es war die Meinung vertreten, daß von den Lithographen und Steindruckern wohl viele zum Kupfertiefdruck übergehen können, um eine bessere Position zu erlangen. F. B.

Die photomech. Fächer.

Hauptversammlung des Bundes der chemographischen Anstalten Deutschlands.

Über diese Tagung erschien in Nr. 103 der »Papierzeitung« vom 25. Dezember 1913 der folgende offiziöse Bericht:

Am Sonntag, den 23. November 1913, hielt der Bund der chemographischen Anstalten Deutschlands im Hotel »Russischer Hof« zu Weimar unter dem Vorsitz des Herrn Geheimrats Büxenstein seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab.

Der von dem Vorsitzenden vorgetragene Geschäftsbericht gab einen Rückblick auf das in einer ruhigen und erfreulichen Weiterentwicklung des Bundes abgelaufene Geschäftsjahr. Der Mitgliederstand belief sich am Schlusse des Geschäftsjahres auf 164 gegen 158 Firmen im Vorjahre.

Dem Vortrage des Geschäftsberichts und des Kassenberichts schloß sich ein großzügiges Referat des Herrn Geheimrats Büxenstein über die Tarifverhandlungen an. Die Versammlung nahm mit Befriedigung von dem Zustandekommen des Tarifs Kenntnis und dankte den Prinzipalvertretern für ihre Bemühungen um die Tarifrevision. Da nunmehr an Stelle des reinen Organisationstarifs ein allgemeiner Tarif getreten ist, wurde der Vorstand ermächtigt, mit den Vertretern der Gehilfenschaft in Unterhandlungen bezüglich des Abschlusses eines Organisationsvertrages, wie bereits bei den Tarifverhandlungen vorgesehen, zu treten. Ferner wurde der Vorstand auch beauftragt, der nächsten Hauptversammlung eine Vorlage für die Einführung eines Sterbegeldes nach dem Muster des Deutschen Buchdruckervereins zu unterbreiten.

Die auf die Preisbestimmungen bezüglichen Anträge wurden einstimmig an eine Kommission, bestehend aus dem Vorstand und je 2 von jeder Gruppe zu entsendenden Mitgliedern verwiesen. Diese Kommission wird im Januar ihre Tätigkeit aufnehmen und einer für den März vorgesehenen außerordentlichen Hauptversammlung ihre Vor schläge unterbreiten.

Eine Anfrage der Gruppe Berlin über den Schutz des deutschen chemographischen und Kupferdruckgewerbes sowie über die seitens des Bundes vorzunehmenden Maßnahmen bezüglich der Handelsvertragverhandlungen wurde unter gleichzeitiger Bezugnahme auf den Geschäftsbericht dahingehend beantwortet, daß seitens des Bundes die erforderlichen Schritte eingeleitet seien, um unsere Interessen in der entsprechenden Weise zu vertreten.

Sodann wurde seitens des Geschäftsführers, Herrn Dr. Schröder, der Abschluß eines Empfehlungsvertrages bekanntgegeben, welchen der Bund mit dem Deutschen Versicherungs-Schutzverband abgeschlossen hat, wodurch den Mitgliedern das Recht auf kostenfreie Auskunft über Versicherungsfragen aller Art gewährleistet sei.

Bei dem Tagesordnungspunkt: »Wahl des Bundesvorsitzenden und des Bundesvorstands« teilte Herr Geheimrat Büxenstein mit, daß er aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niederzulegen sich genötigt sehe. Die Versammlung nahm mit außerordentlichem Bedauern von dieser Tatsache Kenntnis; auf Antrag des königlichen Wirklichen Rats Herrn Ritter von Schmaedel, der in einer eingehenden Ansprache die außerordentliche Bedeutung und Verdienste des Herrn Geheimrats Büxenstein um den Bund der chemographischen Anstalten Deutschlands und das gesamte chemographische Gewerbe hervorhob, wurde Herr Geheimrat Büxenstein durch einstimmigen und in feierlicher Weise durch Erheben von den Sitzen bekanntgegebenen Beschluß der Versammlung zum Ehrenmitglied des Bundes mit Sitz und Stimme im Vorstand ernannt.

Als Bundesvorsitzender wurde sodann Herr Kommerzienrat Melsenbach, München, als stellvertretende Vorsitzende die Herren Albert Frisch, Berlin, und Ludwig Menning, Dresden, gewählt.

Die nächste ordentliche Hauptversammlung wird mit Rücksicht auf die Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig stattfinden. r.

Im April 1912 setzte der Generalstreik ein, an dem auch unsere Kollegen stark beteiligt waren. Die Prinzipale machten gewaltige Anstrengungen gegen diese Bewegung und brachten auch eine Unternehmerorganisation zustande. Unser langjähriger Kassierer wurde durch das Auftreten der Unternehmerorganisation auf der Strecke gelassen und wanderte nach außerhalb. Die Firmen gehen ziemlich rigoros vor. Bei einem Stellungswechsel werden alle möglichen Fragen an den Stellungsuchenden Kollegen gerichtet. Am meisten trifft hierin die Firma Mauquoy et Fils-Antwerpen in den Vordergrund.

Die 9- und 9½-stündige Arbeitszeit ist meist üblich, dabei ohne Überstundenzuschlagsbezahlung, Feiertage werden selten gezahlt. Die hygienischen Verhältnisse lassen viel zu wünschen übrig. Das Lehrlingswesen ist ungeregt, so daß es vorkommt, daß ein Ätzer oder ein Photograph mit 4-5 Lehrlingen arbeiten muß, die alle etwas lernen wollen. In den meisten Fällen muß mit dem primitivsten Material gearbeitet werden. Natürlich gibt es auch einige rühmliche Ausnahmen, die bei den sonst allgemein ungünstigen Verhältnissen besonders auffallen. Bei Stellungswechsel muß hierauf besonders Rücksicht genommen werden. Aus dem »Bulletin«, Nr. 23.



Photogr. Mitarbeiter.

Der Zeretzungsprozeß im photographischen Gewerbe und das Verhalten der Unternehmer.

Der kapitalistische Entwicklungsprozeß bringt es mit sich, daß der sogenannte Mittelstand — einen wirklichen Mittelstand im allgemeineren Sinne gibt es schon längst nicht mehr — im Ringen des heutigen Wirtschaftslebens zerrieben wird. Die Regierungen in Preußen-Deutschland haben in weiser Voraussicht, daß sie die kleinsten Elemente so lange wie möglich brauchen müssen, neben anderen Palliativmitteln die Handwerkskammergesetzgebung geschaffen. Dadurch wollen sie dem Handwerk die Illusion eines goldenen Bodens vor täuschen, damit es nicht zum Bewußtsein seines Dahinsiechens kommt. Eine große Anzahl von handwerksmäßigen Berufen hat sich längst zur fabrikmäßigen Betriebsform bequemen müssen, wieder andere zum Teil handwerkliche Gewerbe sind dem Niedergange verfallen.

Wenn auch nicht so schnell wie in anderen Gewerben, so doch in derselben Art vollzieht sich die Entwicklung im photographischen Gewerbe. Die Betätigung des Großkapitals bewegt sich hier in den Bahnen der Großhandelsfirmen mit ihrem Füllsystem. Man muß zugeben, daß das Ringen mancher kleinen Atellerinhaber mit ihren ganz unzulänglichen Mitteln und Erzeugnissen etwas tieftrauriges ist. Aber diese Leute belehren zu wollen, daß ihrer Selbständigkeit nur eine Galgenfrist oder ihnen selbst nur ein ständiges elendes Leben gegeben ist, wäre verfehlt. Sie klammern sich an jede Hoffnung, und eine solche Hoffnung ist jetzt die Zwangslage.

Diesen Leuten fehlt der Mut, um sich zur Erkenntnis ihrer Lage durchzuringen. Und was sollen auch die meisten, die sich in irgend ein Arbeitverhältnis nur wieder sehr schwer hineinfinden können, beginnen? Wenige bringen es fertig, den Kampf des Lebens an anderer Stelle aufzunehmen. Sie vergrößern immer mehr das Proletariat unseres Berufes, ohne daß es ihnen bewußt wird. Unter diesen Verhältnissen ist es auch erklärlich, daß die meisten der Photographen, die sich nie um die Vorgänge des Wirtschaftslebens besonders kümmern, in den Massengeschäften ihren stärksten Konkurrenten sehen. Es ist ebenso erklärlich, daß sie versuchen wollen, sich vor dieser mit kaufmännischer Routine arbeitenden Konkurrenz zu schützen. Hierzu sollen nun alle Mittel herhalten, deren Anwendung in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung möglich ist.

Hat man in einer größeren Anzahl von Städten schon den obligatorischen früheren Geschäftsfluß an Sonntagen herbeigeführt, um den Konsum der Massengeschäfte einzudämmen, so glaubt man seit der Propagierung der Innungen, in Preisverboten durch Innungsbeschlüsse die Schutzkonkurrenz unterbinden zu können. Hierbei zieht man aber eines nicht in Betracht. Und das ist, daß sich die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht für ein einzelnes kleineres Gewerbe umändern lassen. Die ganzen Verbote durch Innungsbeschlüsse sind illusorisch, weil es gerade den kapitalistischen Betrieben ein leichtes ist, sich außerhalb der Innungen zu stellen. Andererseits wären Preisunterbietungen nur dann wirksam zu verführen, wenn eine möglichst gleichartige Produktionsform gegeben ist. Dies ist aber bei der Verschiedenheit der Betriebsart in unserem Gewerbe ausgeschlossen.

Wenn sich aber in diesen Verhältnissen die Arbeitgeber noch bemühen, die Gehilfenschaft, die darunter nicht minder zu leiden hat und deshalb auch um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schwer ringt, zu provozieren, dann muß doch einmal untersucht werden, wo die zu suchen sind, die den jetzigen Zustand zum Mindesten mit verschuldet haben. Es muß dann endlich auch bewiesen werden,

wer eine Herbeiführung geregelter Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht will. Hierzu bietet eine Betrachtung der Verhandlungen des Obermeistertages in Hildesheim und des Verbandstages in Berlin und deren Begleiterscheinungen die Gelegenheit, die in einem zweiten Artikel erfolgen soll.

Die Tapetenbranche.

Formstecher — die Ärzte der Zukunft!

Wenn sich ein arbeitsloser Proletarier matt und elend fühlt, wenn der Hunger in seinen Eingewunden wühlt und wenn er krank zusammenzubrechen droht, bedarf er keiner — Erholungsreise, um wieder zu gesunden, sondern er hat nur nötig, seine Küche, sein Speisezimmer, sein Wohnzimmer, seine Bibliothek oder das Herrenzimmer, sein Schlaf- und sein Frühstückszimmer und seine Halle mit zweckentsprechender Wandkleidung zu bekleben, um frisch und munter zu werden wie der Fisch im Wasser. Denn: Neue Tapeten statt einer Erholungsreise schlägt ein Engländer als Erholungsmittel bei Abspannungszuständen vor, auf Grund farbenpsychologischer Erkenntnisse.

Wie die Darmstädter Fachzeitschrift »Tapeten-Zeitung« (Verlagsanstalt Alexander Koch, Darmstadt) den Redaktionen der Tagespresse durch einen Wochenzettel kund und zu wissen tut, brachte sie über diesen Gedanken kürzlich einen »belehrenden Aufsatz«. Der Gedanke läuft darauf hinaus, daß die Dekoration einer Wohnung nach farbenpsychologisch-wissenschaftlichen Gesetzen bewerkstelligt werden müsse und daß ein Mensch, je nachdem er Anregungs- oder Beruhigungsmittel braucht, anreizende oder beschwichtigende Farben und Muster der Tapete zu wählen hat. Ganz abgesehen davon, daß ein frischtapezirtes Zimmer fast so gut wie ein neues Zimmer ist und schon dadurch erholend und wohltätig anregend wirkt. Die »Tapeten-Zig.« schreibt: Geht nicht auf Land oder ans Meer, wenn ihr euch abgespannt fühlt, wechselt bloß die Dekorationen eurer Wohnräume!

Der »Arzt«, der zu dieser »Kur« rät, ist Mr. H. Kemp Prossor. In der Olympia-Halle in London hatte er letzthin seine »Sprechzimmer« eingerichtet. Hier konnte Mr. Prossor während der Dauer einer »Ideal-Helm-Ausstellung« seine »Verordnungen« und »Heilmittel« zeigen: Farben- und Einrichtungspläne für nicht gesunde Leute.

»Das ideale Helm«, sagt Mr. Prossor, »ist ein solches, in dem jedes Mitglied der Familie in gelsteverwandter Umgebung lebt. Hier in Kürze seine Ideen über die Hauptaufmachung der Wohnung:

Die Küche soll weiße Wände haben und jedes Ding sollte von hellem Ton sein, um das Gefühl für Sauberkeit zu wecken und zu stärken.

Das Speisezimmer sollte dekorative Farböne haben, Dunkelblau, Dunkelmauve oder Dunkelpurpur, denn man soll sein Mahl in Frieden und Ruhe genießen.

Das Wohnzimmer sollte eher eine leichtfertige Atmosphäre haben. Es soll das Auge des Bewohners, insbesondere der Damen erfreuen.

Die Bibliothek oder das Herrenzimmer sollte ernst und gediegen sein und eine gewisse Menge von Schwarz enthalten, das hier und dort durch strenge männliche Farben, wie Orange und Grün von starker Leuchtkraft, gemildert wird.

Das Schlaf- und das Frühstückszimmer. Ihre Ausstattung sollte geeignet sein, das Gefühl der erfrischenden Kühle oder der behaglichen Wärme zu erwecken. Dies kann durch die Farben geschehen bei Verwendung von doppelseitigen Vorhängen und Polstern in blauen Tönen und Orange. Orange suggeriert Sonnenschein, Blau dagegen Kühle.

Die Halle sollte unausgesprochen sein; glatte Farböne können Verwendung finden, auf keinen Fall aber zeldnerische Motive.

»Ich resümiere«, fügt Mr. Prossor hinzu, »daß ebenso gut wie ihr zu eurem Arzt geht, um ihn wegen leiblichen Unbehagens zu konsultieren, ihr einen Sachverständigen zu Rate ziehen solltet hinsichtlich der Beziehungen zwischen den Farbönen und der Gesundheit.«

Damit hat Mr. Prossor den Stein der Weisen entdeckt und das berühmte »Ei des Kolumbus« ein für alle mal kalt gestellt. Nicht nur die hungernden und frierenden Arbeitslosen werden ihm dankbar sein für seine freundlichen Ratschläge, sondern auch die Unternehmer, die sich der Forderungen ihrer Arbeiter kaum noch erwehren können. Denn auch die Forderung ist mit Mr. Prossors Ratschlägen endgültig gelöst. Der Unternehmer braucht nur die verstaubten und verschmutzten Wände mit neuen Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften usw. frisch tapezieren zu lassen, um einen vollwertigen Ersatz für Ferien und »Erholungsreisen« seiner Arbeiter zu schaffen. Ob er selbst mit diesem Ersatz zufrieden sein wird, ist freilich eine andere Sache.

Wie werden sich aber erst die Formstecher und alle anderen in der Tapetenindustrie beschäftigten Arbeiter zu fühlen beginnen, wenn sie durch die allgemeine Einführung des Mr. Prossorschen Erholungsmittels zu Helfern und Ärzten der leidenden Menschheit avancieren. Vielleicht bewilligen ihnen die Tapetenfabrikanten schon von jetzt ab eine Entlohnung nach der ärztlichen Gebührenordnung. Es würde dann allen Tellen geholfen sein!

Die Organisation der Chemigraphen in Belgien.

Es verlohnt sich, über Belgien einiges zu bringen, um die Entwicklung der Organisation zu kennenzulernen.

Der Verband wurde im Oktober 1906 gegründet unter dem Titel »Association ouvrière de la Photographie et de la Phototypie«. Er hatte jedoch nicht die Stärke erreicht, um gegen die Unternehmer erfolgreich vorzugehen. Zu einem großen Teil ist es dem Vortrage des Kollegen Sillier zu danken, daß eine Verschmelzung mit der »Federation locale de l'industrie du livre de Bruxelles« zustande kam und so eine gemeinsame Organisation geschaffen wurde, die auch ein eigenes Verbandsorgan herausgibt. Diese neue Organisation führt den Namen »Union centrale des Ouvriers de la Lithographie et des Professions similaires«. Die so für die Lithographen, Steindruck, Lichtdrucker, Photographen und Formstecher geschaffene Organisation umfaßt zurzeit zirka 1000 Mitglieder.



Feuilleton.

Zum neuen Jahre.

Aus Eiskristallen wachsen Rosenbänder
Und junge Hoffnung schlingt sie sich in's Haar...
Ein Jahr versank — es stieg ein neues Jahr
Aus Frost und Dunkel über alle Länder!

Nichts Müdes gilt nun, da die Frührotzacken
Der Neujahrstag schob aus der Dunkelheit!
Nun schafft auch Ihr voll Kraft am Bau der Zeit,
Die Euch der Alltag zwängt in's Joch den Nacken!

Wollt nur! — Die Steuer kommt, die Euch erfüllt
Das Sehnen, das Euch hebt aus Qual und Schmerzen!
Gar hell erstrahlt der Freiheit hehres Lied.

Und lacht Euch an mit Augen mild und klar!
Mach stark, unbeugbar Willen uns und Herzen,
Auf daß wir siegreich sind, du neues Jahr! *g.*

Dürer und Holbein.

Für den Graphiker gibt es keine bessere Vorbereitung als das Studium derjenigen alten Meister, deren Wirken in eine Epoche fällt, die zu den interessantesten in der Entwicklung der deutschen Kunst von ihren frühesten Anfängen bis auf die Gegenwart gehört.

Die Zeit von 1500 bis ungefähr 1550, in welcher Deutschland den größten seiner kulturhistorischen Kämpfe ausdient, läutete das finstere Mittelalter zu Grabe und ließ neue Gedanken und Ideen sich ausbreiten. Die gewaltige geistige Strömung dieser Jahre spiegelte sich auch in der Kunst und — wie immer in stürmisch bewegten Zeiten — ganz besonders in der Malerei ab.

Das Mittelalter fand seinen Ausdruck und seine hervorstechende Charakteristik in der Frömmigkeit, dem Glaubensfanatismus der Massen, und die Kunst — Malerei wie Skulptur — wurde nur als eine unpersönliche Hilfe beim Bau der großen Kirchen und Klöster angesehen. Als aber die Reformation, Humanismus und Renaissance, durch die wirtschaftlichen, religiösen und politischen Kämpfe gezeitigt, sich ausbreiteten, mußte auch die Kunst neue Bahnen einschlagen. Das Verlangen nach Vertiefung, nach wissenschaftlicher Begründung, vor allem aber nach persönlicher Kunst machte sich als Reaktion gegen die bisher fast ausschließlich kirchliche Kunst geltend. Und wenn auch trotzdem die religiösen Motive vorläufig noch weiter in der Kunst dominierten, so kam doch das Porträt immer mehr auf. Die Porträtmalerei konnte eben nur da blühen, wo der Gedanke individualisiert war, und die Renaissancezeit hat diese Kunst mit besonderer Vorliebe gepflegt, weil sie eine Vorliebe für die Persönlichkeit hatte. Die Individualität eines jeden wurde gehoben und die oberen Stände, Geistlichkeit, Adel und Patrizier tum besaßen Eigenliebe im höchsten Maße.

Mit großem Talent reproduzierten die damaligen Künstler die Physiognomien auf die Leinwand, das Holz oder die Mauer und, verliehen der Kunst jener Zeit einen ganz besonderen Glanz. Die Porträts, welche wir aus den letzten Jahren des 15. und dem ersten Drittel des 16. Jahrhunderts erhalten haben, besitzen eine so aufrichtige Lebendigkeit im Ausdruck, wie man sie auf den Gemälden aller späteren Epochen vergeblich sucht.

Die beiden genialsten Porträtmaler jener Zeit, ja gewissermaßen die Begründer der deutschen Kunst, sind Albrecht Dürer und Hans Holbein der Jüngere.

Niemals wurden diese beiden so gut verstanden, wie in unseren Tagen, wo die Künstler und Kunstfreunde sich um die Ehre streiten, sie zu bewundern. Ihre Werke erzielen Preise, die geradezu fabelhaft sind und im grellsten Gegensatz stehen zu den Bettelgroschen, die die Künstler zu ihren Lebzeiten dafür erhielten. Heute wird der höhere, oder niedrigere Wert eines Museums nicht zum wenigsten nach der mehr oder weniger großen Anzahl Dürerscher oder Holbeinscher Bilder abgeschätzt, die es beherbergt.

Die Vergangenheit und die Gegenwart ihrer Nation sowie der europäischen Strom der Renaissance waren neben ihrem eigenen Genie die Quellen, aus denen unsere Künstler schöpften. Das Deutschland um 1500 hatte große Porträtisten aufzuweisen, von denen hier nur die unmitelbaren Meister vor Dürer und Holbein, Wohlgemuth und Hans Holbein der Ältere, genannt seien. Aber auch in deren Arbeiten finden wir schon die beiden wesentlichsten Elemente, durch welche die Kunst jener Epoche sich auszeichnete: den Realismus und das Gefühl. Nur selten weisen ihre Bilder klassische Linien, ideale Schönheit auf, aber die strengen Studien, die großartige Auffassungsgabe der Meister, welche sie befähigte, die Typen und Rassen genau zu charakterisieren, setzen ihre Werke an die Spitze der Meisterwerke aller Zeiten und Länder.

Man merkt es den Bildern des jungen Dürer an, daß ihr Schöpfer nur Menschen und Dinge wiedergab, wie er sie sah und fühlte, nicht aber nach klassischen Vorbildern. Selbst die schönen, weiblichen Gesichter seiner Heiligen sind streng realistische Porträts schöner deutscher Mädchen der damaligen Zeit. Aber das, was seine Einbildung deswegen zurückwies, gewann Kraft und Gestaltung durch das Gefühl, durch den unerschöpflichen Reichtum seines Geistes. Kam auch die realistische Darstellung teilweise von den vlämischen Künstlern, die zwei Generationen hindurch die Erziehung der deutschen Künstler leiteten, so war andererseits das mystische Gefühl ein Attribut echt germanischer Kunst.

Ohne die beiden großen Meister weiter als in ihrer Eigenschaft als Porträtisten hier zu besprechen, können wir doch zwei von ihren religiösen Bildern anführen, welche deutlich das Interesse ihrer Schöpfer für die sozialen Strömungen jener Zeit beweisen. In der Kirche zu Freiburg im Breisgau befindet sich das wenig bekannte Bild von Holbein: „Die Anbetung der Weisen“. Die Könige der Erde beten den Neugeborenen an; aber diese Könige sind nicht allein. Im Vordergrund kniet ein in Lumpen gekleideter Bettler, und gewiß hat Holbein diesen Bettler so gesehen wie er ihn malte, um damit zu zeigen, daß die Religion auch den Armen nicht ausschließen darf. Ähnlich mag auch der Gedanke Dürers gewesen sein, als er auf seinem berühmten Dreifaltigkeitsbilde (1511) im Museum zu Wien an der Seite der Kaiser und Großen einen Landmann malte, gekleidet wie zur Erntezeit und mit seinen Werkzeugen ausgerüstet. Waren die Bilder, die aus dem Pinsel der beiden Künstler hervorgingen, auch nicht von klassischer Schönheit, so hatten sie doch den Vorzug, wahr zu sein und zum Nachdenken anzuregen.

Mehr als bei allen anderen Malern der Renaissance spielt bei Dürer das Selbstporträt eine Rolle. Im Jahre 1484, im Alter von 13 Jahren, zeichnete Dürer zum erstenmale sein eigenes Bild und zwar mit außerordentlichem Erfolg. Ein Straßenjunge mit langen Haaren, ernst und mit den Augen des Genies in die Welt blickend. Der Mann von 30 Jahren zeigt sich uns auf einem anderen Selbstporträt en face; eines der prächtigsten Bilder der Münchner Sammlung, in der man genaue reiche Studien zurbringt.

Dürer war selbst einer der schönsten Männer seiner Zeit. Die lockigen Haare umrahmen einen prächtigen Kopf, dessen Anblick zugleich Bewunderung als auch Unbehagen hervorruft. Was ist aber die Ursache dieses Unbehagens? Ein beunruhigender Doppelsinn: Ist das das Selbstporträt des Künstlers oder ein Bild des Jesu von Nazareth? Das eine sowohl als das andere, beides zugleich. Dürer hatte, wie Tausing anführt, seine Ähnlichkeit mit dem traditionellen Christusbilde wohl bemerkt und, indem er seinen eigenen Kopf benutzte, so einen verschönerten Christus-Typus geschaffen.

In die erste Periode von Dürers Künstlerleben fallen vorwiegend Porträts, von denen außer dem hier schon genannten Selbstporträt (1500) die Münchener Pinakothek noch mehrere besitzt, so z. B. das des Oswald Kreil und das einer alten häßlichen Frau; ein Bild, das wenig lebenswürdig aussieht, aber die geniale Auffassung des Meisters packend zum Ausdruck bringt. Ein anderes Bild einer alten Frau, das Porträt seiner Mutter, be-

fludet sich in dem alten Bürgerhause zu Nürnberg, das den Namen Albrecht Dürer trägt. In diesen Frauenbildern waltet das realistische Prinzip des jungen Dürer. Das ist nicht der klassische Stil, der das Alter in strenger, strahlender Schönheit darstellt trotz aller Falten und Runzeln; nein, das, was Dürer hier zeigt, ist eine einfache alte Frau, gebeugt durch Sorgen und Arbeit.

Aber gerade diese realistische Auffassung verleiht dem Bilde einen Wert; schon das Modell ist bewundernswürdig, wie in allen zukünftigen Werken des Meisters. Zur höchsten Vollendung aber kam der Realismus Dürers in dem Porträt seines alten Meisters Wohlgemuth. In jener alten Zeit richtete sich die Kunst nach dem Geschmack der Herrscher und dem Reichtum der Patrizier. So schuf denn der Nürnberger Meister auch die Bilder der Großen der Erde aus Vergangenheit und Gegenwart. Vom Rat der Stadt Nürnberg erhielt er den Auftrag, die Bilder von König Sigismund und Kaiser Karl dem Großen auszuführen. Für diese beiden Arbeiten wurden dem Künstler nur 85 Gulden gezahlt.

Mit eines der besten seiner Bildnisse ist das des Kaisers Maximilian, das sich im Belvedere zu Wien befindet.

Ogleich Dürer in seiner Jugend schon zwei große Reisen nach Italien gemacht hatte, trieb es ihn 1520 noch einmal hinaus; sein Ziel waren diesmal die Niederlande. Den Eindruck, den die flandrische Kunst auf ihn machte, erkennen wir in Dürers letzten Gemälden, besonders in dem weitberühmten Porträt des Hieronymus Holzschuher, für das das Berliner Museum die Summe von 350000 Mk. gezahlt hat. In der Tat finden wir auf diesem Bilde eine Feinheit der Durchführung und eine Kraft des Ausdrucks, die bewundernswürdig ist.

Die höchste Leistung in rein malerischer Beziehung ist das Porträt des Nürnberger Patriziers Imhoff, von dem man annimmt, daß er der Bankier Dürers gewesen ist. Dieses Bild, das sich in Madrid befindet, übertrifft noch das mehr zeichnerisch behandelte Holzschuher-Bild.

Die berühmten Tafeln der Münchner Pinakothek, welche Johannes und Petrus, Markus und Paulus in überlebensgroßen Gestalten darstellen, bilden die letzten bedeutenden Werke Dürers. Diese Bilder sind, wie Tausing treffend sagt, sein Testament als Künstler, Mensch, Patriot und Christ.

Wir haben bisher nur von den Porträtemälden Dürers gesprochen, ohne seine zahlreichen Handzeichnungen, die kostbaren Schätze seiner Hinterlassenschaft, zu besprechen. Der Raum verbietet uns leider darauf einzugehen. Diese Handzeichnungen sowie in noch größerem Maße seine zahlreichen Kupferstiche und Holzschnitte sind Gemeingut aller Kulturvölker. Die Porträts Melanchthons und Erasmus von Rotterdam waren seine letzten derartigen Werke. (Fortsetzung folgt.)

Vom Büchertisch.

Graphische Revue Österreich-Ungarns. Monatshefte für die graphischen Künste. Fünftehnter Jahrgang, November-Heft, 1913. Herausgegeben von der Graphischen Gesellschaft Österreichs, Geschäftsstelle: Wien 7, Seidengasse 17. Preis des Einzelheftes 60 Heller.

Die Rechte der Landarbeiter aus der Unfallversicherung. Von Rudolf Weck, Königsberg i. Pr. Verlag von Rich. Lipski. Leipzig. 32 S. Preis 20 Pf.

Ein Fachmann auf dem Versicherungsgebiet hat in der Broschüre die häufig komplizierten Versicherungsfälle der Land- und Waldarbeiter und deren Angehörigen nach der Reichsversicherungsordnung und den Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes behandelt und gibt den Land- und Waldarbeitern nicht nur Aufschluß über das Versicherungsverhältnis und seine Grenzen, sondern auch, aus der Erfahrung geschöpft, manchen guten Rat. Ein Sachregister erleichtert die Übersicht. Das Büchlein kann darum bestens empfohlen werden.

Stellenangebote

Tüchtiger Maschin.-Retuscheur
ges. Offerten mit Zeugnisabschriften an **A. Krampolek**, k. u. k. Hof-Photochemigraph, Wien IV, Viktorgasse 14.

Verschiedenes

Berufswechsel

und Weiterbildung im Beruf wird vorbereitet von der **Freien Fachschule für das graphische Gewerbe**, Berlin S 61, Tempelherrenstr. 20 a. Programm frei!

Unterricht auch brieflich.

„Matt-Lack“. Bester Farben-zusatz gegen Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,—.

„Harmalein“. Vorzüglich weiß-Trockenstoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„Bronsol“. Gibt feststehende glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,—. **Gegen Nachnahme.** Kunden erhalten neuestes Tonschutzrezept gratis. **F. Hantke**, Hamburg 22, Vogelweide 5. [300]

Formsteder!

Gut erh. vollständiges Holzwerkzeug zu kaufen gesucht. Angeb. unt. A. 77 an die Exped. der „Gr. Pr.“ [150]

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-druck, Fotomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule **Barmen**

Original grau feucht und „Cosmos“ feucht Ludka
48x64 cm, pro 100 Bg. Mk. 8,— u. 8,50. Fachmännisch gepflegt ist das beste Umdruckpapier. — **Goldlack** gibt der Bronze festen Halt und tadelloser Glanz auf dem schlechtesten Papier p. kg Mk. 5,—. — **Bestes Tonschutzmittel** für Zink „Radikal“ p. kg Mk. 3,50.— **Trockenmittel** usw. [180]

H. M. Köhler, Leipzig-Schönefeld.

? Fragen Sie Ihre Atzer, und es wird Ihnen beifügt werden, daß der **„Atztrichter“** (ges. gesch.) ein prakt. arbeitst. Hilfsmittel bei Verlauf- und Tätelzungen ist. 2 Stk. 5,— Mk. inkl. Porto u. Pack. — Bei Mehrbezug billiger. — **A. Axthelm, Niedersiedlitz b. Dresden**

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.

Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Welland. (Preis inkl. Porto 85 Pf.)

Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie. Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.

Zu beziehen durch: **Conrad Müller, Schkeuditz.**